

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Boris Meissner

Die Vereinbarungen
der Europäischen Beratenden
Kommission über
Deutschland von 1944/45

Friedrich-Wilhelm Schlomann
Paulette Friedlingstein

Die chinesisch-
kommunistischen Splitter-
parteien in Europa

B 46/70

14. November 1970

Boris Meissner, geb. 10. August 1955 in Plessau, Dr. jur., Dipl.-Volkswirt, o. Professor und Direktor des Instituts für Ostrecht der Universität Köln, Mitglied des Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Mitglied des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung, Köln.

Veröffentlichungen: Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1953¹, 1954²; Rußland unter Chruschtschow, München 1960; Sowjetunion und Völkerrecht, Köln 1963; Die deutsche Ostpolitik 1961—1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, Köln 1970; Grundfragen der sowjetischen Außenpolitik (zusammen mit Gotthold Rhode), Stuttgart 1970.

Friedrich-Wilhelm Schlomann, Dr. iur., Redakteur, geboren 1928 in Lüneburg, Studium in Rostock, Leipzig, Freiburg i. Br. und Basel; Mitarbeiter deutscher und ausländischer Zeitungen, Abhandlungen über Ostfragen, speziell über chinesischen Kommunismus.

Paulette Friedlingstein, geboren 1929 in Brüssel, Studium in Brüssel; mit Untersuchungen zur Politik und Ideologie Rotchinas beschäftigt.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Vereinbarungen der Europäischen Beratenden Kommission über Deutschland von 1944/45

I. Die Tätigkeit der Europäischen Beratenden Kommission

Der Potsdamer Gipfelkonferenz vom Juli/August 1945 sind die Moskauer Außenministerkonferenz vom Oktober 1943 und die Gipfelkonferenzen von Teheran vom November/Dezember 1943 und von Jalta vom Februar 1945 vorausgegangen. Die Beschlüsse dieser Konferenzen sind nicht nur für die Vorgeschichte des Potsdamer Abkommens wichtig. Teilweise haben sie den Anstoß zu Vereinbarungen gegeben, die als internationale Instrumente dem Potsdamer Abkommen zugrunde liegen und es ergänzen. Dies gilt vor allem für jene Vereinbarungen, die von der „Europäischen Beratenden Kommission“ („European Advisory Commission“ = EAC) getroffen wurden und denen auch Frankreich, das an allen obengenannten Kriegskonferenzen nicht teilgenommen hat, vorbehaltlos beigetreten ist.

Der Moskauer Außenministerkonferenz (19. bis 30. Oktober 1943)¹⁾ wurde vom amerikanischen Außenminister Hull ein Vorschlag über die Behandlung Deutschlands unterbreitet²⁾, der von britischer und sowjetischer Seite als Verhandlungsgrundlage akzeptiert wurde. Er beruhte hauptsächlich auf der Empfehlung „The Political Reorganization of Germany“³⁾, die vom Unterausschuß für Deutschland des „Advisory Committee on Post War Foreign Policy“⁴⁾ im September 1943 abgefaßt worden

war, und berücksichtigte außerdem die Niederschrift einer Unterhaltung mit Präsident Roosevelt vom 5. Oktober 1943⁵⁾, die der Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz diente.

Der amerikanische Entwurf sah eine gemeinsame Besetzung und Kontrolle Deutschlands durch die drei Großmächte vor. Die gemeinsame alliierte Deutschlandpolitik sollte auf den Grundsätzen der Entmilitarisierung und Entnazifizierung sowie der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Einheit beruhen. Letztere sollte die Wiedergutmachung der von deut-

F.-W. Schlomann/P. Friedlingstein

Die chinesisch-kommunistischen Splitterparteien in Europa S. 15

scher Seite während des Krieges verursachten Schäden in Form von Reparationen gewährleisten.

Die Frage der politischen Einheit war im Entwurf offengelassen. Eine Dezentralisierung und Föderalisierung der politischen Struktur und eine Schwächung der hegemonischen Stellung Preußens im Reich wurden angeregt. Sobald es die demokratische Entwicklung zulassen sollte, war die Bildung einer deutschen Zentralregierung aufgrund freier Wahlen vorgesehen.

Während der Waffenstillstandsperiode war die Durchführung aller Deutschland aufgrund der bedingungslosen Kapitulation auferlegten politischen Bestimmungen durch einen Alliierten Kontrollrat zu überwachen. Die Bedingungslose Kapitulation sollte in einer Kapitulationsurkunde verankert werden, die von

¹⁾ Vgl. Moscow Conference, Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1943, Vol. I General, Washington 1963, S. 513 ff.

²⁾ Conference Document No. 20, Moscow Conference, a. a. O., S. 720—723.

³⁾ Wortlaut: Marienfeld, W.: Konferenzen über Deutschland, Hannover 1962, S. 53—56.

⁴⁾ Das Ende 1941 gebildete „Advisory Committee on Post-War Foreign Policy“ wurde in der zweiten Hälfte 1943 durch die „Interdivisional Country and Area Committees“ abgelöst, deren Empfehlungen dem Anfang 1944 begründeten „Post-War Programs Committee“ zur Ausarbeitung definitiver Vorschläge (basic policy recommendations) zugeleitet wurden. Vgl. Moltmann, G.: Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958, S. 54 ff.

⁵⁾ Moscow Conference, a. a. O., S. 541—543.

Vertretern der politischen und militärischen Führung Deutschlands unterzeichnet werden sollte.

Die Festsetzung der endgültigen Grenzen war einer allgemeinen Regelung der Deutschlandfrage vorbehalten.

Eine Entscheidung über den amerikanischen Plan wurde auf der Moskauer Außenministerkonferenz nicht getroffen, sondern zum weiteren Studium der Europäischen Beratenden Kommission in London überwiesen. Diese wurde von der Moskauer Außenministerkonferenz auf Vorschlag des britischen Außenministers Eden vom 24. Oktober 1943⁶⁾ zur Bearbeitung der europäischen Nachkriegsprobleme errichtet⁷⁾. Sie bestand anfangs aus den Vertretern der drei Großmächte. Diese waren der amerikanische Botschafter in London, John G. Winant, für die Vereinigten Staaten, Sir William Strang (später Sir R. I. Campbell) für Großbritannien und der sowjetische Botschafter in London, Fedor Gusev (später G. Soksin), für die UdSSR. Frankreich ist der EAC aufgrund der Einladung der Drei Mächte vom 11. November 1944 beigetreten. Es wurde durch den Botschafter in London, René Masigli, seit dem 27. November 1944 in der Kommission vertreten.

Dem amerikanischen Botschafter Winant, der den Vorsitz führte, stand in Prof. Philip Mosely, der George Kennan ablöste, einer der besten amerikanischen Ostexperten zur Seite. Ihm verdanken wir den ersten Einblick in die Tätigkeit der EAC⁸⁾, über die jetzt eine umfangreiche amerikanische Dokumentation vorliegt⁹⁾.

⁶⁾ Conference Document No. 8, Moscow Conference, a. a. O., S. 710—711. Vgl. hierzu auch die Erklärung Edens: Conference Document No. 6, ebenda, S. 705—708.

⁷⁾ Zur Diskussion über die Befugnisse der EAC vgl. Moscow Conference, a. a. O., S. 664.

⁸⁾ Vgl. Mosely, Ph. E.: Dismemberment of Germany. The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam, Foreign Affairs, 28. Jg., 1949/50, S. 487 ff.; deutsche Übersetzung: Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands. Die alliierten Verhandlungen von Jalta bis Potsdam, Europa-Archiv, 5. Jg., S. 3032 ff. (Mosely I); Ders.: The Occupation of Germany. New Light how the Zones were drawn, Foreign Affairs, 28. Jg., 1949/50, S. 750 ff. (Mosely II).

⁹⁾ Vgl. European Advisory Commission, Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1944, Vol. I (General), Washington 1966, S. 1 ff. (abgekürzt EAC 1944). 1945, Vol. III, Washington 1968, S. 1 ff. (abgekürzt EAC 1945).

Die EAC trat am 14. Januar 1944 im Lancaster House in London zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Insgesamt hat sie 20 formelle und 97 informelle Sitzungen abgehalten. Auf der Potsdamer Konferenz wurde ihre Auflösung in die Wege geleitet. Ihre Befugnisse, soweit sie Deutschland betrafen, gingen auf den Alliierten Kontrollrat über.

Die EAC beschäftigte sich vor allem mit deutschen und österreichischen Fragen. Sie bildete die einzige Institution zur Vorbereitung und Festlegung der alliierten Nachkriegspolitik in Deutschland. Ihre Tätigkeit vollzog sich dabei aufgrund der Weisungen der beteiligten Regierungen. Sie erarbeitete zwölf formelle Vereinbarungen (Agreements), deren endgültiger Text von den Vertretern der Vier Mächte unterzeichnet und dann den Regierungen zur Entscheidung zugeleitet wurde. Durch die Notifizierung der Zustimmung der beteiligten Regierungen erlangten die EAC-Vereinbarungen völkerrechtliche Verbindlichkeit als Regierungsabkommen.

Von der EAC sind vor der Jalta-Konferenz im Februar 1945¹⁰⁾ folgende Vereinbarungen, die sich auf Deutschland bezogen, getroffen worden:

1. Urkundenentwurf „Die bedingungslose Kapitulation Deutschlands“ vom 25. Juli 1944;
2. Protokoll über die Besatzungszonen Deutschlands und die Verwaltung Groß-Berlins vom 12. September 1944; ergänzt durch das Zusatzabkommen vom 14. November 1944 und die Erklärung der britischen Militärkommission in Washington über die Bremer Enklave vom 20. Januar 1945;
3. Abkommen über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14. November 1944.

Nach der Jalta-Konferenz ist hinzugetreten:

4. Deklarationsentwurf „in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der Obersten Gewalt hinsichtlich Deutschlands“ vom 12. Mai 1945.

¹⁰⁾ Vgl. Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers, The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington 1955; deutsche Übersetzung: Die Konferenzen von Malta und Jalta, Düsseldorf, o. J. Tegeran-Jalta-Potsdam, Moskau 1967; deutsche Übersetzung Fischer, A. (Hrsg.): Teheran-Jalta-Potsdam, Köln 1968.

Auf der Grundlage der „Bedingungslosen Kapitulation“ („Unconditional Surrender“) ¹¹⁾ sollten von der EAC die Kapitulationsbedingungen und die Besatzungsrichtlinien für Deutschland festgelegt werden. Den Ausgangspunkt für die Diskussion bildete das Memorandum der britischen Delegation vom 15. Januar 1944, dem als Anlage die Kurzfassung und ein längerer Entwurf (70 Artikel) eines Waffenstillstandsabkommens („Draft German Armistice“) als Anlagen beigefügt waren ¹²⁾. Von der Delegation der Vereinigten Staaten wurden zwei Dokumente vorgelegt. Die Denkschrift vom 25. Januar 1944 ¹³⁾ enthielt 27 Bedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollten. Der Entwurf der Kapitulationsurkunde („Draft Instrument and Acknowledgment of Unconditional Surrender“) vom 6. März 1944 ¹⁴⁾ umfaßte 13 Artikel. Der Entwurf der sowjetischen Delegation vom 18. Februar 1944 über die Kapitulationsbedingungen (Draft Terms of Surrender) ¹⁵⁾ war mit 20 Artikeln etwas länger und beschränkte sich auf die militärische Seite.

Nach einer ausführlichen Diskussion der einzelnen Vorschläge beschloß die EAC eine kurze Kapitulationsurkunde zu verfassen, die einen rein militärischen Charakter aufwies. Die Vereinbarung über den Entwurf des Kapitulationsvertrages („Unconditional Surrender of Germany“) ¹⁶⁾, der 14 Artikel umfaßte, wurde von den Vertretern der Drei Mächte am 25. Juli 1944 unterzeichnet. Die Regierung der Vereinigten Staaten erteilte am 9. August, Großbritannien am 21. September und die Sowjetunion am 14. Dezember 1944 ihre Zustimmung.

¹¹⁾ Zur Bedeutung der auf der Konferenz von Casablanca geprägten Formel „Unconditional Surrender“ vgl. Meister, U.: Zur deutschen Kapitulation 1945, Ztschr. f. ausl. öff. Recht und Völkerrecht, Bd. XIII, 1950, S. 393 ff.

¹²⁾ EAC 1944, a. a. O., S. 112—139.

¹³⁾ Der Denkschrift lag das Memorandum des Working Security Committee vom 6. Januar 1944 („Provisions for Emposition upon Germany at time of surrender“) zugrunde. Wortlaut: EAC 1944, a. a. O., S. 104—109.

¹⁴⁾ Zur Originalfassung des Entwurfs, der im Auftrage der Joint Chiefs of Staff angefordert wurde, vgl. die Anlage zur Instruktion des State Department Nr. 3735 vom 12. Februar 1944 (EAC 1944, a. a. O., S. 167—170), zur Abänderung das Telegramm des State Department Nr. 1395 vom 25. Februar 1944 (EAC 1944, a. a. O., S. 182/3).

¹⁵⁾ EAC 1944, a. a. O., S. 173—179.

¹⁶⁾ Wortlaut: Englischer Urtext, EAC 1944, a. a. O., S. 256—261; deutsche Übersetzung in: Deuerlein, E.: Die Einheit Deutschlands, Bd. I, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1961, S. 311—314.

Frankreich trat am 1. Mai 1945 dem Abkommen bei ¹⁷⁾.

Bereits auf der Moskauer Außenministerkonferenz waren sich die drei Mächte darüber einig, daß Österreich und die Tschechoslowakei als selbständige Staaten in ihren alten Grenzen wiederhergestellt werden sollten. In einer entsprechenden Erklärung über Österreich ¹⁸⁾ wurde festgestellt, daß die Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungene Annexion als null und nichtig anzusehen sei. Die Möglichkeit, nicht nur Danzig und Oberschlesien, sondern auch Ostpreußen an Polen zu übertragen, wurde erwogen ¹⁹⁾.

Auf den Gipfelkonferenzen in Teheran und Jalta sind verschiedene Pläne zur Aufteilung Deutschlands diskutiert worden ²⁰⁾, über die zwischen den Drei Mächten keine Einigung erzielt werden konnte. Unter ihnen hatte der Plan einer Teilung Deutschlands entlang der Main-Linie bei einer gleichzeitigen Verbindung Süddeutschlands mit einer Donauföderation, der vor allem von britischer Seite befürwortet wurde, am meisten Aussicht, in einem regional begrenzteren Umfange verwirklicht zu werden. Nachdem Churchill bei den Verhandlungen in Moskau im Oktober 1944 einer für die Sowjetunion günstigen Abgrenzung der Interessensphären auf dem Balkan zugestimmt und den Gedanken einer Donauföderation fallengelassen hatte, war Stalin durchaus bereit, die Möglichkeit eines um Österreich vergrößerten süddeutschen Staates mit der Hauptstadt Wien zu erwägen.

Die weitere Behandlung der Zerstückelung Deutschlands wurde in Jalta auf sowjetischen Wunsch einem besonderen Ausschuß für Teilungsfragen („Dismemberment Committee“) und nicht der Europäischen Beratenden Kommission übertragen ²¹⁾. Ihm gehörten Winant,

¹⁷⁾ Vgl. The Conferences at Malta and Jalta, a. a. O., S. 113 Anmerkung 6.

¹⁸⁾ Moscow Conference, a. a. O., S. 761.

¹⁹⁾ Vgl. The Memoirs of Cordell Hull, Bd. 2, London 1948, S. 1287.

²⁰⁾ Vgl. Meissner, B.: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943—1953, 2. Aufl., Hamburg 1954, S. 32 ff., 45 ff.

²¹⁾ Vgl. Abschnitt III des Protokolls der Konferenz von Jalta (Krimkonferenz), The Conferences at Malta and Jalta, a. a. O., S. 975—982; Sbornik dejstvjuščich dogovorov, soglašenij i konvencij zaključennyh SSSR s inostrannymi gosudarstvami (Sammlung der geltenden Verträge, Abkommen und Konventionen, die von der UdSSR mit ausländischen Staaten abgeschlossen wurden), Bd. XI, Moskau 1955, S. 74—80; deutsche Übersetzung: Die Konferenzen von Malta und Jalta, a. a. O., S. 901 bis 907; Deuerlein, a. a. O., S. 327—331.

Eden und Gusev, nicht aber ein französischer Vertreter an.

Die Grundlage der Verhandlungen in London bildete ein von Sir William Strang ausgearbeitetes Memorandum, das am 9. März 1945 den anderen Komiteemitgliedern zugestellt wurde²²). Aus ihm ging deutlich die Absicht hervor, die Aufteilung Deutschlands nur als Eventualfall zu behandeln. In einem an Eden gerichteten Schreiben vom 26. März 1945 machte sich Gusev die britische Auffassung zu eigen²³). Er erklärte, die Sowjetregierung verstehe die in Jalta getroffene Abmachung über die Zerstückelung Deutschlands nicht als obligatorischen Plan für eine Teilung, sondern nur als eine Möglichkeit, Deutschland unter Druck zu setzen, um es unschädlich zu machen, falls andere Mittel versagen sollten. Zweifellos hätte der Gedanke einer Aufteilung Deutschlands neuen Auftrieb bekommen, wenn ein Vertreter Frankreichs in den Ausschuß für Teilungsfragen aufgenommen worden wäre. Auf der Sitzung vom 11. April 1945 plädierte Winant nachdrücklich für den Beitritt Frankreichs, da ohne einen solchen die Annahme der in Jalta revidierten Kapitulationsurkunde mit dem Hinweis auf die „Zerstückelung“ nicht zu erreichen war. Eden und Gusev versprachen, mit ihren Regierungen Rücksprache zu nehmen. Da von der Sowjetregierung auf die Anfrage keine Antwort eintraf, unterblieb der Beitritt Frankreichs zur revidierten Kapitulationsurkunde.

Beim Zusammenbruch Deutschlands lagen somit zwei Entwürfe der Kapitulationsurkunde vor: 1. die ursprüngliche Fassung vom 25. Juli 1944, der Frankreich am 1. Mai 1945 beigetreten war und 2. die revidierte Fassung von Jalta²⁴), welche die Zerstückelungsformel enthielt, die für Frankreich, das dem Teilungsausschuß fernbleiben mußte, nicht verbindlich war.

Die Unklarheit über den Inhalt der Kapitulationsurkunde hat dazu geführt, daß von der Verwendung der beiden Entwürfe abgesehen wurde. An ihre Stelle trat eine kurzgefaßte „Militärische Kapitulationsurkunde“²⁵) und die Berliner Deklaration der vier Siegermächte vom 5. Juni 1945, auf die anschließend näher einzugehen sein wird. Die Absicht, einen gleichzeitigen Akt der politischen und militärischen Unterwerfung durchzuführen, ist damit aufgegeben worden. Abgeschlossen wurde nur der militärische Kapitulationsvertrag. Die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht wurde zweimal vollzogen, am 7. Mai 1945 in Reims und am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst. Bei der militärischen Kapitulationsurkunde handelte es sich um ein Dokument, das von General Bedell Smith, dem Stabschef General Eisenhowers, und seinen Mitarbeitern in aller Eile entworfen worden war²⁶). In sie wurde auf Veranlassung Winants in letzter Minute ein Art. 4 aufgenommen²⁷). Dieser war als allgemeine Ermächtigungsklausel formuliert, die den Siegermächten die Möglichkeit einräumte, Deutschland zusätzliche militärische und politische Auflagen zu machen.

III. Die politische Viermächtedeklaration

Von der EAC ist aufgrund der militärischen Entwicklung nach der Jalta-Konferenz mit der Möglichkeit gerechnet worden, daß nach der Niederlage Deutschlands keine Zentralregierung vorhanden sein würde, die als Unterzeichner der Kapitulationsurkunde in Frage

käme. Sie war daher bestrebt, den politischen Kapitulationsakt durch eine Deklaration der vier Siegermächte unter Berücksichtigung des Urkundenentwurfs „Die Bedingungslose Kapitulation Deutschlands“ zu ersetzen. Unter Zugrundelegung eines Vorschlags der britischen Delegation vom 30. März 1945²⁸) wurde der Entwurf einer „Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der Obersten Gewalt hinsichtlich Deutschlands“ am 12. Mai 1945 in der EAC unterzeichnet und am 21. Mai 1945 von den Regierungen der Vier Mächte gebilligt²⁹). Nach der vollzogenen militärischen Kapitulation war der ursprüngliche Entwurf der Deklaration unter Berücksichtigung des Artikels 4 der Kapitulationsurkunde revidiert worden. Dabei wurde von einer Aufnahme der Zerstückelungsformel abgesehen, nachdem die Amerikaner feststel-

²²) Vgl. Mosely (I), a. a. O., S. 3038.

²³) Vgl. Mosely (I), a. a. O., S. 3038/9.

²⁴) Wortlaut: Deuerlein, a. a. O., S. 331—334.

²⁵) Department of State Executive Agreement Series No. 502; Sbornik, a. a. O., S. 82/83; deutsche Übersetzung: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 6; Deuerlein, a. a. O., S. 337.

²⁶) Vgl. Bedell Smith, W.: Meine drei Jahre in Moskau, Hamburg 1950, S. 20/21; Mosely (I), a. a. O., S. 3041.

²⁷) Vgl. Mosely (I) a. a. O., S. 3042.

²⁸) EAC 1945, a. a. O., S. 208—215.

²⁹) Vgl. EAC 1945, a. a. O., S. 551.

Sowjets in der Ansicht übereinstimmten, daß das Wort „Zerstückelung“ in der Erklärung nicht erscheinen solle³⁰⁾. In diesem Sinne verstanden sie vor allem die Ansprache Stalins vom 9. Mai 1945, in welcher der sowjetische Staatschef ausdrücklich erklärte, daß die UdSSR nicht beabsichtige, „Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten“³¹⁾. Diese Erklärung Stalins erfolgte, nachdem es ihm gelungen war, durch Schaffung vollendeter Tatsachen in den deutschen Ostgebieten faktisch die erste Teilung Deutschlands zu vollziehen. Von amerikanischer Seite sind die Pläne, Deutschland zu teilen, erst auf der Potsdamer Konferenz aufgegeben worden. Von französischer Seite sind sie auch nach dem mit Vorbehalten erfolgten Beitritt zum Potsdamer Abkommen weiter verfolgt und erst mit der Rückgliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland endgültig aufgegeben worden.

Auf Empfehlung der EAC wurde die Deklaration in ihrer neuen Fassung am 5. Juni 1945 mit den Unterschriften der vier Oberbefehlshaber in Berlin veröffentlicht³²⁾. „Supreme Authority“ wurde dabei in der amtlichen deutschen Übersetzung mit „Oberster Regierungsgewalt“ und nicht „Oberster Gewalt“ wiedergegeben. Die Berliner Deklaration konnte den politischen Kapitulationsvertrag nicht ersetzen. Sie konnte daher auch nicht die besetzungsrechtlichen Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung außer Kraft setzen. Sie stellte nur die deklaratorische Feststellung der Kompetenz dar, die im Kriegsvölkerrecht einer Besatzungsmacht zusteht.

In der Präambel der Deklaration wird betont, daß die Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die Regierungen der Vier Mächte keine Annektierung Deutschlands bewirke. Der Fortbestand des deutschen Gesamtstaats (in den Grenzen vom 31. Dezember 1937) wurde somit von den siegreichen Großmächten nicht in Frage gestellt. Sie behielten sich in Übereinstimmung mit Artikel 4 der „militäri-

³⁰⁾ Vgl. den Bericht Winants vom 10. Mai 1945 an das State Department, Mosely (I), a. a. O., S. 3043.

³¹⁾ Vgl. Stalin, J.: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S. 219.

³²⁾ Englischer Urtext: Treaties and other International Act Series (abgekürzt: TIAS) No. 1520; russischer Urtext: Sbornik, S. 84—90; deutsche Übersetzung, Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7—9, Deuerlein, a. a. O., S. 338—341.

„die Grenzen Deutschlands oder irgend eines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet,“ später gemeinsam festzulegen.

Die Berliner Deklaration enthielt eine Reihe von Forderungen, denen Deutschland aufgrund der bedingungslosen Kapitulation nachkommen sollte. In Art. 13 Abs. a wurde erklärt, daß die vier alliierten Regierungen diejenigen Maßnahmen treffen werden, „die sie zum künftigen Frieden und zur künftigen Sicherheit für erforderlich halten, darunter auch die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands“. Außerdem wurden in Art. 13 Abs. b zusätzliche politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage Deutschlands ergeben, angekündigt. Am 25. Juli 1945, noch während der Potsdamer Konferenz, wurde von der EAC ein „Abkommen über die zusätzlichen an Deutschland gestellten Forderungen“ vereinbart³³⁾. Infolge der Auflösung der EAC, die auf der Potsdamer Konferenz am 18. Juli 1945 beschlossen wurde³⁴⁾, erfolgte die Veröffentlichung dieser Forderungen durch den Alliierten Kontrollrat in seiner Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945³⁵⁾.

Die Bedeutung der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 ist vor allem darin zu sehen, daß sie die gemeinsame Verantwortung der vier Siegermächte für Deutschland völkerrechtlich fixierte. Mit ihr waren drei Feststellungen verbunden, die sich auf das Kontrollverfahren³⁶⁾ und die Besatzungszonen in Deutschland³⁷⁾ sowie auf die Beratung mit den Regierungen anderer Vereinten Nationen³⁸⁾ bezogen. Diesen „statements“ lagen die entsprechenden Vereinbarungen der EAC zugrunde.

³³⁾ Englischer Urtext, Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II, S. 1011—1023; russischer Urtext, Sbornik, a. a. O., S. 91—104.

³⁴⁾ The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II, S. 78; Teheran-Jalta-Potsdam, S. 213.

³⁵⁾ Wortlaut: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland Nr. 1 vom 29. Oktober 1945, S. 8—19; Deuerlein, a. a. O., S. 359—366.

³⁶⁾ Wortlaut: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsheft Nr. 1, S. 10.

³⁷⁾ Wortlaut: Ebenda, S. 11.

³⁸⁾ Wortlaut: Ebenda, S. 12.

IV. Das Abkommen über die Zoneneinteilung und die Verwaltung Berlins

Wesentlichen Einfluß auf die Verhandlungen über die Besatzungszonen im Rahmen der EAC sollte ein Plan ausüben, der im Frühjahr 1943 von einer Kommission der britischen Regierung unter Vorsitz des stellvertretenden Premierministers Attlee ausgearbeitet worden war³⁹⁾. Er sah die Aufteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen und eine gemeinsame Verwaltung Berlins vor. Die Besatzungsgebiete sollten von gemischten Truppenverbänden besetzt werden, wobei die dominierende Rolle der jeweils zuständigen Besatzungsmacht zufallen sollte. Für die Sowjetunion war eine umfangreiche Zone, die Mittel- und Ostdeutschland umfaßte, vorgesehen. Bei diesem Vorschlag ging die Kommission von militärischen Erwägungen und der Überlegung aus, daß ein Teil der deutschen Ostgebiete an Polen abgetreten werden würde. Nordwestdeutschland sollte Großbritannien und Süddeutschland den Vereinigten Staaten als Besatzungszone zugewiesen werden.

Mit dieser Zoneneinteilung war der amerikanische Präsident Roosevelt, dem der „Attlee-Plan“ am 19. November 1943 als militärisches Dokument vorgelegt wurde, nicht einverstanden⁴⁰⁾. Er beanspruchte für die Vereinigten Staaten eine umfangreiche Zone im Norden und Westen Deutschlands, während Großbritannien Süddeutschland als Zone zufallen sollte. Die Sowjetunion sollte eine wesentlich kleinere Zone erhalten, wobei sich Berlin an der Trennungslinie zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Besatzungsgebiet befinden sollte⁴¹⁾.

Den Ausgangspunkt für die Verhandlungen in der EAC bildete das Memorandum der britischen Delegation vom 15. Januar 1944⁴²⁾, das weitgehend mit dem „Attlee-Plan“ übereinstimmte. Der britische Vorschlag wurde sofort von der sowjetischen Delegation aufgegriffen, deren Memorandum über die Kapitulationsbedingungen für Deutschland vom 18. Februar 1944 in Artikel 15 eine den britischen Vor-

stellungen entsprechende Beschreibung der Besatzungszonen enthielt⁴³⁾. Die westliche Begrenzung der sowjetischen Besatzungszone, die Ostpreußen, das Großbritannien von vornherein Polen übertragen wollte⁴⁴⁾, einschloß, entsprach dem gegenwärtigen Zonengrenzverlauf. Der sowjetischen Besatzungsmacht sollte danach ein Raum zugeteilt werden, der 40 v. H. des deutschen Staatsgebietes, 36 v. H. der deutschen Wirtschaftskapazität umfaßte⁴⁵⁾.

Im Unterschied zu Großbritannien trat die Sowjetunion dafür ein, daß die jeweilige Besatzungszone nur durch die Truppen der zuständigen Besatzungsmacht besetzt werden sollte. Es gelang der sowjetischen Delegation im Verlauf der Verhandlungen, diese Vorstellung von geschlossenen Zonen durchzusetzen, welche die spätere Sowjetisierung Mitteldeutschlands wesentlich erleichtern sollte. Der Gedanke einer gemeinsamen Verwaltung Berlins wurde von der Sowjetunion widerspruchslos übernommen. Der amerikanische Gegenvorschlag vom Februar 1944, der von der Zoneneinteilung ausging, die Roosevelt auf einer Karte Deutschlands skizziert hatte⁴⁶⁾, wollte der Sowjetunion nur ungefähr 22 v. H. des Staatsgebietes, der Bevölkerung und der Produktionskapazität zubilligen. Er wurde von der amerikanischen Delegation nicht mit genügendem Nachdruck vertreten, um ihn bei der ablehnenden Haltung Großbritanniens wenigstens teilweise durchsetzen zu können.

Im April stimmte Präsident Roosevelt der sowjetischen Besatzungszone in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang zu⁴⁷⁾, war aber zunächst aus militärischen und wirtschaftlichen Erwägungen nicht bereit, Nordwestdeutschland Großbritannien als Besatzungsgebiet zu überlassen. Die Einigung, die nach einigem Hin und Her in der EAC aufgrund eines amerikanischen Vorschlags vom 12. Juni 1944⁴⁸⁾ erzielt wurde, berücksichtigte diesen Einwand. Das Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlins

³⁹⁾ Vgl. Woodward, Sir L.: *British Foreign Policy in the Second World War*, London 1962, S. 445 ff. und 465 ff.; Deuerlein, E.: *Die Präjudizierung der Teilung Deutschland 1944/45*, Deutschland-Archiv, 2. Jg., 1969, S. 358 (Deuerlein II).

⁴⁰⁾ Vgl. Matloff, M.: *Strategic Planning for Coalition War 1943 bis 1944*, Washington 1959, S. 341 ff.; Deuerlein (II), a. a. O., S. 358.

⁴¹⁾ Zur Wiedergabe der Karte, auf der Roosevelt seinen Zonenplan skizzierte, vgl. Deuerlein (II), a. a. O., S. 359.

⁴²⁾ EAC 1944, a. a. O., S. 139—154 (Karte gegenüber S. 152).

⁴³⁾ EAC 1944, a. a. O., S. 177/8.

⁴⁴⁾ Vgl. Marzian, H. G.: *Ostdeutschland auf den Beratungen der EAC*, in: *Acta Prussica. Festschrift Fritz Gause*, Würzburg 1968, S. 342 ff.

⁴⁵⁾ Vgl. Mosely (II), a. a. O., S. 591.

⁴⁶⁾ Zum Kartenvergleich zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Vorschlag vgl. EAC 1944, nach S. 196; Deuerlein (II), a. a. O., S. 362.

⁴⁷⁾ Mosely (II), a. a. O., S. 592.

⁴⁸⁾ Dem Vorschlag vom 12. Juni 1944 lag die im Telegramm des State Department Nr. 3499 vom 1. Mai 1944 enthaltene Instruktion zugrunde. Vgl. EAC 1944, a. a. O., S. 211.

m 12. September 1944⁴⁹⁾) sah daher nur eine endgültige Festlegung der sowjetischen Besatzungszone vor, die im Abkommen als „Ostzone“ bezeichnet wurde. Innerhalb Groß-Berlins, das von den Drei Mächten gemeinsam verwaltet werden sollte, wurde der „nordöstliche Teil“ als Sektor der Sowjetunion zugewiesen. Von einer Verfügung über die „Nordwestzone“ und „Südwestzone“ sowie den nordwestlichen und südlichen Teil Berlins sah man zunächst ab. Erst auf der Zweiten Quebecer Konferenz im September 1944, auf der der Morgenthauplan angenommen wurde, erklärte sich Roosevelt bereit, Süddeutschland ohne Österreich als amerikanische Besatzungszone zu akzeptieren⁵⁰⁾. Von britischer Seite wurde Bremen als amerikanische Enklave zugestanden⁵¹⁾. Die endgültige Abgrenzung der drei Besatzungszonen erfolgte in dem am 14. November 1944 unterzeichneten Abkommen⁵²⁾ zur Ergänzung des Zonenprotokolls vom 12. September 1944. Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgte in aller Eile vor dem für den 27. November 1944 vorgesehen Beitritt Frankreichs zur Europäischen Beratenden Kommission, der von Churchill in Moskau mit Stalin vereinbart worden war. Nicht zu Unrecht befürchtete man in der EAC, daß infolge des französischen Beitritts die endgültige Regelung der Zoneneinteilung und der gemeinsamen Besatzungsverwaltung noch weiter hinausgezögert werden würde.

Das Zonenprotokoll mit dem Zusatzabkommen ist am 5. Dezember 1944 durch die britische, am 2. Februar 1945 durch die amerikanische und am 6. Februar 1945 durch die sowjetische Regierung gebilligt worden⁵³⁾. Eine Erklärung

⁴⁹⁾ Englischer Urtext: United Nations Treaty Series (abgekürzt: UNTS), Bd. 227, S. 280—285; TIAS No. 3071; United States Treaties and other International Agreements (abgekürzt UST), Vol. 5 (pt. 2), S. 2078—2086; Riklin, A.: Das Berlinproblem, Köln 1964, S. 293—295; russischer Urtext: Sbornik, a. a. O., S. 55—57; Riklin, a. a. O., S. 295—297; deutsche Übersetzung: Deuerlein, a. a. O., S. 314 bis 318.

⁵⁰⁾ Vgl. Mosely (II), a. a. O., S. 596/7.

⁵¹⁾ Vgl. Mosely (II), a. a. O., S. 597/8.

⁵²⁾ Englischer Urtext: UNTS, Bd. 227, S. 286—291; TIAS No. 3071; UST Vol. 5 (pt. 2), S. 2087; Riklin, a. a. O., S. 298—299; russischer Urtext: Sbornik, a. a. O., S. 57—59; Riklin, a. a. O., S. 300—301; deutsche Übersetzung: Deuerlein, a. a. O., S. 320 bis 321.

⁵³⁾ Vgl. Memorandum des amerikanischen Außenministeriums vom 20. Dezember 1958 über die rechtlichen Aspekte der Berlin-Frage (abgekürzt: Berlin-Memorandum), Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 627. Roosevelt hatte dem Abkommen am 4. Dezember 1944 zugestimmt. Vgl. The Conferences at Malta and Yalta 1945, S. 118 Anmerkung 1, letzter Absatz.

der britischen Militärkommission in Washington über die Bremer Enklave erfolgte am 20. Januar 1945⁵⁴⁾.

Auf der Jalta-Konferenz stimmte Stalin widerstrebend der Bildung einer französischen Besatzungszone zu⁵⁵⁾, die eine Neuaufteilung der Besatzungszonen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten notwendig machte. Die endgültige Festlegung der Grenzen der französischen Besatzungszone erfolgte im Zusatzabkommen vom 26. Juli 1945⁵⁶⁾. Die Zustimmung zu diesem Abkommen wurde von der amerikanischen Regierung am 29. Juli, von der britischen Regierung am 2. August, von der französischen am 7. August und der sowjetischen am 13. August 1945 erteilt⁵⁷⁾. Der französische Sektor in Berlin wurde durch Entschließung des Alliierten Kontrollrates vom 30. Juni 1945 festgelegt⁵⁸⁾.

Die Feststellung „über die Besatzungszonen in Deutschland“ vom 5. Juni 1945⁵⁹⁾ enthielt eine Zusammenfassung der Dreimächte-Abkommen vom 12. September und 14. November 1944, wobei man von einer Beteiligung Frankreichs an der Besetzung Deutschlands und Berlins ausging, die erst später vertraglich geregelt worden ist.

In seiner endgültigen Fassung ging das Zonenabkommen von einer Einteilung des deutschen Staatsgebiets in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 in vier Besatzungszonen und das Sondergebiet Berlin aus. In Artikel 1 heißt es: „Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen eingeteilt, von denen je eine jeder der vier Mächte zugeeignet wird und in ein besonderes Gebiet Berlin, das gemeinsam von den vier Mächten besetzt wird.“ — Die von den Besatzungszonen abweichende Stellung Berlins ist außerdem aus der Umschreibung der Grenzen der sowjetischen Besatzungszone in Artikel 2 und der

⁵⁴⁾ Englischer Urtext: The Conferences at Malta and Yalta 1945, S. 200—201; deutsche Übersetzung: Deuerlein, a. a. O., S. 325.

⁵⁵⁾ Vgl. The Conferences at Malta and Yalta 1945, S. 577 ff.; 588 ff.; 616 ff.; 628 ff.

⁵⁶⁾ Englischer Urtext: UNTS, Bd. 227, S. 298—309; UST, Vol. V (pt. 2), S. 2093—2109; Riklin, a. a. O., S. 302—305; französischer Urtext: Riklin, a. a. O., S. 305—308; russischer Urtext: Sbornik, a. a. O., S. 59—62; Riklin, a. a. O., S. 308—311; deutsche Übersetzung, Deuerlein, a. a. O., S. 343—345.

⁵⁷⁾ Vgl. Germany. Zones of Occupation and Administration of „Greater Britain“ Area. Department of State Publication 5729, Washington o. J., S. 20 Anmerkung 1.

⁵⁸⁾ Vgl. Riklin, a. a. O., S. 37.

⁵⁹⁾ Vgl. Anmerkung 37.

beigefügten Karte (Map D), die einen integralen Bestandteil des Abkommens bildet, zu ersehen.

Zur „Ostzone“ wird erklärt: „Das Gebiet Deutschlands“ — es folgt die Beschreibung der äußeren Grenzen der sowjetischen Besatzungszone — „wird von den Streitkräften der UdSSR besetzt, mit Ausnahme des Gebietes Berlin, wofür nachstehend ein besonderes Besetzungssystem festgesetzt wird.“ Auf der Karte D ⁶⁰⁾ ist Berlin ebenso wie die Besatzungszonen mit einer roten Markierung umrandet und damit klar von der es umgebenden Sowjetzone abgegrenzt.

Die Sonderstellung Berlins geht auch daraus hervor, daß für Berlin in Artikel 5 eine gemeinsame Besatzungsverwaltung vorgesehen ist, während die Besatzungstruppen in den einzelnen Zonen dem jeweiligen Oberbefehlshaber unterstehen. Artikel 5 lautet: „Eine interalliierte Behörde (Komendatura), gebildet aus vier von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten, wird zur gemeinsamen Verwaltung des Gebietes Groß-Berlin errichtet.“

Eine Aufteilung der im Zonenabkommen vorgesehenen „Ostzone“, die der Sowjetunion zugewiesen war, ist durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz erfolgt. Durch sie wurden die Oder-Neiße-Gebiete an Polen zur zeitweiligen Verwaltung übertragen, während die Stadt Königsberg und das umliegende Gebiet auf der gleichen rechtlichen Grundlage unter die unmittelbare Verwaltung der Sowjetunion gestellt wurde ⁶¹⁾. Die endgültige Entscheidung über die deutschen Ostgebiete blieb ausdrücklich einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland vorbehalten.

Die Berliner Blockade im Sommer 1948 ⁶²⁾ hat zu einer faktischen Teilung des Sondergebiets Berlin geführt, durch die der Viermächtestatus Berlins nicht berührt wurde. Die Zusammen-

fassung der drei Westzonen zur Bundesrepublik Deutschland, die Umwandlung der Sowjetzone zur DDR im Herbst 1949 und die damit verbundene faktische Teilung Deutschlands haben ebenfalls die Verantwortung der Vier Mächte für ganz Deutschland nicht beseitigt.

Auf die Frage der Zugangswege von und nach Berlin wird in dem Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlins nicht eingegangen. Ein umfassendes Abkommen über die Zugangswege ist auch nach der Potsdamer Konferenz nicht abgeschlossen worden, jedoch wurden Sondervereinbarungen über den Straßen-, Eisenbahn-, Wasser- und Luftverkehr getroffen ⁶³⁾. Daß den drei Westmächten und mittelbar auch der deutschen Zivilbevölkerung das Recht auf Zugang nach Berlin auf allen Verbindungswegen zusteht, geht aus dem New Yorker Abkommen vom 4. Mai 1949 über die Aufhebung der Berliner Blockade ⁶⁴⁾ und aus dem Communiqué über die sechste Tagung des Außenministerrates vom 20. Juni 1949 ⁶⁵⁾ hervor. Das amerikanische Memorandum vom 20. Dezember 1958 über die Rechtslage Berlins bezeichnet das Recht der drei Westmächte auf freien Zugang nach Berlin als unerläßliches Korrelat ihrer Besetzungsrechte ⁶⁶⁾. Die im EAC-Abkommen festgelegten Sektoren in Berlin sind von den Westmächten unter Voraussetzung des Bestehens dieses Zugangsrechts übernommen worden.

⁶³⁾ Vgl. Kuhn, H. W.: Interalliierte Vereinbarungen von 1945 über den Transitverkehr der Westmächte nach Berlin, Frankfurt a. M. 1959 (Hekt.); Ruge, H. G.: Das Zugangsrecht der Westmächte auf dem Luftweg nach Berlin, Kölner Diss. 1968; Riklin, a. a. O., S. 266 ff.; Mahnke, H.: Das Recht des zivilen Zugangs nach Berlin, Deutschland-Archiv, 2. Jg., 1969, S. 148 ff. Wortlaut des Abkommens über die Flugvorschriften vom 22. Oktober 1946; Riklin, a. a. O., S. 385—394.

⁶⁴⁾ Englischer, französischer und russischer Urtext: UNTS, Bd. 138, S. 124—126; Riklin, a. a. O., S. 395 bis 397.

⁶⁵⁾ Englischer Urtext: Department of State Bulletin, 1949, Nr. 522, S. 857 ff.; Riklin, a. a. O., S. 398/9; französischer Urtext: Documentation Française, 1949, Nr. 1171, S. 7 ff.; Riklin, a. a. O., S. 399—400; russischer Urtext: Vnešnjaia Politika Sovetskogo Sojuza 1949, Moskau 1953, S. 111—114, Riklin, a. a. O., S. 401—402.

⁶⁶⁾ Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 630 ff.

⁶⁰⁾ Eine Wiedergabe der Karte findet sich in der Monographie von Riklin.

⁶¹⁾ Vgl. Hacker, J.: Sowjetunion und DDR zum Potsdamer Abkommen, Köln 1968, S. 98 ff.; Faust, F.: Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung, Frankfurt a. M., 4. Aufl., 1969, S. 141 ff., 175 ff.

⁶²⁾ Vgl. Riklin, a. a. O., S. 76 ff.

Seit dem Februar 1944 sind zur Frage interalliierteter Einrichtungen, die eine effektive Kontrolle Deutschlands ermöglichen sollten, zahlreiche Vorschläge im Rahmen der EAC in Umlauf gesetzt worden. Sie haben in dem Abkommen vom 14. November 1944⁶⁷⁾ ihren Niederschlag gefunden, in dem der Aufbau und das Verfahren der alliierten Kontrolle nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands festgelegt wurde. Ein Ergänzungsabkommen vom 1. Mai 1945⁶⁸⁾ sah eine Beteiligung Frankreichs am Kontrollsystem vor, zu der Stalin auf der Jaltakonferenz nur ungerne seine Zustimmung gegeben hatte. Die Feststellung „über das Kontrollverfahren in Deutschland“ vom 5. Juni 1945⁶⁹⁾, die eine Zusammenfassung des Abkommens über die Kontrolleinrichtungen darstellte, berücksichtigte bereits die endgültige Fassung.

Als interalliierte Kontrollorgane sah das Abkommen über die Kontrolleinrichtungen den Kontrollrat, den Koordinierungsausschuß, den Kontrollstab und die Berliner Kommandantur vor⁷⁰⁾. Der Alliierte Kontrollrat als das „höchste Kontrollorgan“ setzte sich gemäß Artikel 3 aus den vier Zonenbefehlshabern zusammen. Die Oberbefehlshaber der Besatzungstreitkräfte der Vier Mächte übten gemäß Artikel 1 die „Oberste Gewalt“ in Deutschland aus, und zwar je einzeln im Bereich der eigenen Besatzungszone und gemeinsam auf der Grundlage

des Einstimmigkeitsprinzips in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten. Das wichtigste Hilfsorgan des Alliierten Kontrollrats bildete der Koordinierungsausschuß, der sich bei der Durchführung der Kontrollratsbeschlüsse des Kontrollstabes bediente.

Eine Sonderstellung fiel gemäß Artikel 7 der „interalliierten Regierungsbehörde“ zu, die gemeinsam die Verwaltung von Groß-Berlin zu leiten hatte und der ein „technischer Stab“ zur Seite stand. Die Regierungsbehörde für Berlin setzte sich aus den vier von ihren jeweiligen Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten zusammen. Sie arbeitete unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrats, wies aber im Verhältnis zu den Zonenbefehlshabern einen autonomen Charakter auf.

Der Auszug des sowjetischen Vertreters aus dem Alliierten Kontrollrat am 20. März 1948 hatte seine de facto-Auflösung zur Folge. Am 16. Juni 1948 ist der sowjetische Vertreter auch aus der Alliierten Kommandantur ausgeschieden, die jedoch trotz der faktischen Reduzierung auf eine Dreimächte-Verwaltung ihre Tätigkeit fortsetzte. Sie betrachtet sich nach wie vor als ein Organ, das zur Leitung der Verwaltung von ganz Berlin berechtigt ist, obwohl ihre Beschlüsse in Ost-Berlin nicht durchgesetzt werden können.

VI. Die völkerrechtliche Bedeutung der EAC-Abkommen

Maßgebend für die völkerrechtliche Beurteilung der interalliierten Vereinbarungen über die Zoneneinteilung und die Kontrolleinrichtungen in Deutschland sind nicht die Feststellungen, die mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 verbunden waren, sondern die

größtenteils früher getroffenen EAC-Abkommen.

Die Vereinbarungen, welche das Bestehen der Besetzungsrechte aufgrund der occupatio bellica voraussetzen, begründen ein Rechtsverhältnis der Besatzungsmächte unter sich⁷¹⁾. Die EAC-Abkommen bilden nicht die Quelle der Besetzungsrechte. Durch sie werden nur die Modalitäten und die Ausübung der Besetzungsrechte festgelegt, aus denen sich bestimmte gegenseitige Rechte und Pflichten der Besatzungsmächte ergeben. Dagegen kommt den Feststellungen vom 5. Juni 1945, die eine

⁶⁷⁾ Englischer Urtext: UNTS, Bd. 236, S. 360—367; TIAS Nr. 3070; UST, Vol. 5 (pt. 2) S. 2062—2071; Riklin, a. a. O., S. 312—315; russischer Urtext: Sbornik, a. a. O., S. 62—65; Riklin, a. a. O., S. 315 bis 318; deutsche Übersetzung: Deuerlein, a. a. O., S. 321—323.

⁶⁸⁾ Englischer Urtext: UNTS, Bd. 236, S. 400—405; UST, Vol. 5 (pt. 2) S. 2072—2077; Riklin, a. a. O., S. 319—320; französischer Urtext, Riklin, a. a. O., S. 321—322; russischer Urtext, Sbornik, a. a. O., S. 66—67; Riklin, a. a. O., S. 322—324.

⁶⁹⁾ Vgl. Anmerkung 36.

⁷⁰⁾ Zu den einzelnen Kontrollorganen vgl. Balfour, M.: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945 bis 1946, Düsseldorf 1959; Riklin, a. a. O., S. 247 ff.; Faust, a. a. O., S. 104 ff.

⁷¹⁾ Vgl. Riklin, a. a. O., S. 229 ff.; Schüle, A.: Berlin als völkerrechtliches Problem, in: Rothfels, H. (Hrsg.): Berlin in Vergangenheit und Gegenwart, Tübingen 1961, S. 124 ff.; Wengler, W.: Die völkerrechtliche Situation von Berlin, in: Festschrift der Universität Thessaloniki, Thessaloniki 1967, S. 17 ff.

unvollständige Zusammenfassung der EAC-Abkommen darstellen, für das Verhältnis der Besatzungsmächte keine selbständige Bedeutung zu. Bei den Vereinbarungen handelt es sich um „executive agreements“, d. h. um völkerrechtliche Verträge, die von Exekutivorganen, im vorliegenden Fall von den Regierungen der Vier Mächte ohne Beteiligung der gesetzgebenden Körperschaften abgeschlossen worden sind. Ihnen kommt der gleiche Rang zu wie denjenigen Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, die einen Vertragscharakter besitzen. Ihre besondere Bedeutung geht daraus hervor, daß sie im Unterschied zum „Potsdamer Abkommen“ in die Vertragssammlung der Vereinten Nationen aufgenommen worden sind, obgleich sie vor dem Inkrafttreten der UN-Satzung nicht der Registrierungspflicht unterlagen.

Die EAC-Abkommen unterscheiden sich nicht nur nach dem Vertragsgegenstand, sondern auch nach dem zeitlichen Geltungsbereich. Das Abkommen über die Kontrolleinrichtungen ist ebenso wie der Teil des „Potsdamer Abkommens“, der sich auf die Besatzungsziele bezieht, nur für die Anfangsperiode der Besetzung Deutschlands vorgesehen. Das im Artikel 11 im Sinne eines Vorvertrages (pactum de contrahendo) vorgesehene Abkommen über die Besatzungsorgane der späteren Phase der Besetzung ist infolge des Ost-West-Konflikts nicht zustande gekommen. Dagegen weist das Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin keine zeitliche Begrenzung auf. Es ist für die ganze Zeit der Besetzung, d. h. bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gültig. Dies ist vor allem für die Rechtsstellung Berlins und der deutschen Ostgebiete von Bedeutung.

Der Viermächtestatus Berlins beruht einerseits auf der occupatio bellica des allgemeinen Völkerrechts, andererseits auf den Viermächtevereinbarungen, die einen partikulär-völkerrechtlichen Charakter besitzen. Auch wenn man davon ausgeht, daß das Abkommen über die Kontrolleinrichtungen nach dem Abschluß der Anfangsperiode der Besetzung und nicht nur wegen der Ereignisse, die mit der Berliner Blockade verbunden waren, größtenteils hinfällig geworden ist, besteht bezüglich der weiteren Geltung des Abkommens über die Be-

satzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlins kein Zweifel. Da in diesem Abkommen die Errichtung einer interalliierten Regierungsbehörde für Berlin während der ganzen Dauer der Besetzung vorgesehen ist, kann davon ausgegangen werden, daß auch der Teil des Abkommens über die Kontrolleinrichtungen weiter Gültigkeit besitzt, der sich auf die Kommandantur bezieht.

Durch die politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland und Ost-Berlins an die DDR wird der Viermächtestatus Berlins als Ganzes nicht berührt. Solange der Besatzungszustand weiter besteht, ist der Viermächtestatus, der — wie festgestellt — auf zwei verschiedene völkerrechtliche Quellen zurückgeht, der staatsrechtlichen Stellung der beiden Teile Berlins übergeordnet. West-Berlin bildet so einen Teil der Bundesrepublik, der sich unter der Besatzungsgewalt der drei Westmächte befindet, die im Rahmen des Viermächtestatus ausgeübt wird ⁷²⁾.

Für die Rechtsstellung der deutschen Ostgebiete ist von Bedeutung, daß das Zonenabkommen von dem Tatbestand des deutschen Gesamtstaates in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 ausgeht. Durch die zeitweilige Übertragung der Verwaltung der Oder-Neiße-Gebiete an Polen und des nördlichen Ostpreußens an die Sowjetunion aufgrund des „Potsdamer Abkommens“ ist lediglich eine Sonderregelung für einen Teil der „Ostzone“, die vertraglich der sowjetischen Besatzungsmacht zugewiesen worden ist, getroffen worden. Die endgültige Festlegung der Ostgrenze Deutschlands setzt einen Friedensvertrag voraus, der im Einklang mit dem „Potsdamer Abkommen“ nur mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden kann.

⁷²⁾ Zum staatsrechtlichen Status Berlins vgl. Draht, M.: Die staatsrechtliche Stellung Berlins, Archiv des öffentlichen Rechts, 82. Jg., 1957, S. 27 ff.; Rottmann, J.: Der Viermächte-Status Berlins, Bonn—Berlin 1959, S. 42 ff.; Legien, R.: Viermächtevereinbarungen über Berlin, 2. Aufl., 1961, S. 47 ff.; Hacker, J.: Die Rechtslage Berlins, Bonn 1964, a. a. O., S. 41 ff., Czermak, J. M.: Die Stellung Berlins in der Rechts-, Gerichts- und Finanzordnung der Bundesrepublik, Bonner Diss. 1957; Stern, K.: Berlin. II. Rechtslage, Staatslexikon, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, 6. Aufl., S. 230 ff.

Bis zum Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 10. November 1958⁷³⁾ ist die Gültigkeit der Vereinbarungen von 1944/45 seitens der Sowjetunion nicht bestritten worden. Eine Änderung dieses Rechtsstandpunkts trat mit der an die Westmächte gerichteten Note vom 27. November 1958⁷⁴⁾ ein, in der die Sowjetregierung erklärte, daß sie das Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin sowie das Abkommen über die Kontrolleinrichtungen „als nicht mehr in Kraft befindlich“ betrachte. Mit dieser Feststellung war die Forderung nach einer Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“ bei gleichzeitiger Aufhebung der Besetzung durch die Westmächte verbunden. Im Falle einer Weigerung der Westmächte, auf diese Forderung einzugehen, wurde von der Sowjetunion angedroht, ihre mit dem Viermächtestatus Berlins verbundenen Befugnisse auf die DDR zu übertragen.

Bei ihrem Vorgehen berief sich die Sowjetregierung sinngemäß auf drei völkerrechtlich beachtliche Beendigungsgründe: Zeitablauf, Rücktritt wegen Vertragsverletzung und Rücktritt wegen wesentlicher Veränderung der Umstände („*clausula rebus sic stantibus*“)⁷⁵⁾. Zur Begründung wurde von ihr angeführt:

1. die Wirksamkeit der EAC-Abkommen sei zeitlich begrenzt gewesen;
2. die Westmächte hätten durch die Verletzung des „Potsdamer Abkommens“ ihre Besatzungsrechte verwirkt;
3. die Westmächte hätten das Zustandekommen eines Friedensvertrages verhindert und damit der weiteren Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Berlin den Boden entzogen.

Aus der Note ging hervor, daß von der Sowjetregierung die Auffassung vertreten wurde, daß sich die Besatzungsrechte aus den Viermächtevereinbarungen, und zwar „in erster Linie“ aus dem Potsdamer Abkommen ergeben würden. Die sowjetische These wurde von den Westmächten in ihren Antwortnoten vom 31. Dezember 1958⁷⁶⁾ entschieden zurückgewiesen und die sowjetische „Aufkündigung“

der EAC-Abkommen als völkerrechtswidrig bezeichnet. Die Westmächte vertraten in dieser Note und anderen Dokumenten⁷⁷⁾ den Standpunkt, daß sich die Besatzungsrechte aus der totalen Niederlage und der Kapitulation Deutschlands ergeben hätten und daher unabhängig von den Viermächtevereinbarungen bestehen würden. Von den EAC-Abkommen, die keine Kündigungsklausel enthielten, wäre das Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und der Verwaltung Groß-Berlins in seiner Wirksamkeit unbefristet. Der Viermächtestatus Berlins würde auf den weiter gültigen Bestimmungen der EAC-Abkommen beruhen, die nicht vom „Potsdamer Abkommen“, das ständig von der Sowjetunion selbst verletzt worden sei, abhängen würden. Wenn bisher keine Friedensregelung mit Deutschland zustande gekommen sei, so trage die Sowjetunion die Schuld. Da die von der Sowjetunion genannten Beendigungsgründe nicht zutreffen würden, könne sich diese nicht einseitig von ihren Vertragsverpflichtungen lösen.

Die Sowjetunion trug den Argumenten der Westmächte Rechnung, indem sie in zwei Etappen von ihrer ultimativen Haltung in der Berlinfrage abrückte und dabei ihren Rechtsstandpunkt revidierte. Chruschtschow erklärte auf einer Pressekonferenz am 19. März 1959⁷⁸⁾, daß die Westmächte „legitime Rechte“ hätten, sich in Berlin aufzuhalten, die in der Tatsache der Kapitulation Deutschlands im Ergebnis des gemeinsamen Krieges gegen Hitler-Deutschland begründet seien. Er forderte zugleich im Einklang mit der Note der Sowjetregierung vom 10. Januar 1959⁷⁹⁾ eine Friedensregelung mit dem geteilten Deutschland und drohte bei einer Ablehnung, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, der zum Erlöschen der Besatzungsrechte in Berlin führen würde. Die Westmächte wiesen auch diese These zurück und erklärten, daß ein separater Friedensvertrag mit der DDR rechtlich „völlig wirkungslos“ sei und ihre Besatzungsrechte in Berlin nicht aufheben könne.

⁷³⁾ Vgl. die Rede Chruschtschows: Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 545 ff.

⁷⁴⁾ Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 574 ff.

⁷⁵⁾ Vgl. Riklin, a. a. O., S. 278 ff.; Rottmann, a. a. O., S. 69 ff.; Hacker, a. a. O., S. 26 ff.

⁷⁶⁾ Vgl. die Antwortnote der Vereinigten Staaten vom 31. 12. 1958, Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 637 ff.

⁷⁷⁾ Hervorzuheben ist vor allem das Berlin-Memorandum des amerikanischen Außenministeriums vom 20. 12. 1958; Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 626 ff.

⁷⁸⁾ Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 729.

⁷⁹⁾ Vgl. die Mantelnote an die Bundesregierung: Internationales Recht und Diplomatie, 4. Jg., 1959, S. 659 ff. Wortlaut des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs: Ebenda, S. 206 ff.

Nach der Errichtung der Mauer in Berlin ist die Drohung mit dem separaten Friedensvertrag, die wohl niemals besonders ernst gemeint gewesen war, von Chruschtschow fallengelassen worden. In dem Bündnisvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR vom 12. Juni 1964⁸⁰⁾ wurde West-Berlin in Artikel 6 als eine „selbständige politische Einheit“ bezeichnet, zugleich aber in Artikel 9 mittelbar die weitere Geltung der Viermächtevereinbarungen anerkannt. Der Artikel 9 lautete: „Dieser Vertrag berührt nicht Rechte und Pflichten der beiden Seiten aus geltenden zweiseitigen und anderen internationalen Abkommen einschließlich des Potsdamer Abkommens.“

Auf eine Sinnesänderung deutet auch die Betonung der Viermächteverantwortung durch die Sowjetunion in jüngster Zeit hin. Aus der sowjetischen Initiative zu den Viermächteverhandlungen über die Berlin-Frage⁸¹⁾ läßt sich allerdings nicht der Schluß ziehen, daß

⁸⁰⁾ Internationales Recht und Diplomatie, 10. Jg., 1965, S. 163 ff.

⁸¹⁾ Vgl. den Bericht des sowjetischen Außenministers Gromyko „Fragen der internationalen Lage und der Außenpolitik der Sowjetunion“ auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 10. Juli 1969, Moskau 1969, S. 24.

die Sowjetunion ihr Ziel, West-Berlin in politischer Hinsicht von der Bundesrepublik zu trennen und in einen selbständigen Stadtstaat umzuwandeln, aufgegeben hat⁸²⁾.

Andererseits dürfte der Sowjetregierung bewußt sein, daß die Ratifizierung des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970 durch den Deutschen Bundestag eine befriedigende Berlinregelung voraussetzt, die folgende vier Grundelemente umfaßt:

1. die Gewährleistung der Besetzungsrechte der drei Westmächte in West-Berlin;
2. die Anerkennung der gewachsenen Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland — einschließlich der politischen Bindungen und damit der außenpolitischen Vertretung West-Berlins durch den Bund;
3. die Sicherung der Freiheit der Zugangswege von und nach West-Berlin;
4. die Beseitigung der im Widerspruch zum Viermächtestatus von ganz Berlin stehenden Diskriminierung der Westberliner durch die DDR.

⁸²⁾ Vgl. den Artikel des sowjetischen Berlinexperten V. Boldyrew: Eine Frage, die ihrer Lösung harret, Neue Zeit vom 24. Juni 1970, Nr. 25, S. 6 ff., in der die Dreistaaten-These vertreten wird.

Die chinesisch-kommunistischen Splitterparteien in Europa

Einführung

Nachstehende Veröffentlichung ist ein — neu bearbeiteter — Auszug aus dem in Kürze erscheinenden Buch „Die Maoisten, Pekings Filialen in Westeuropa“, Societäts-Verlag Frankfurt/M.

Die nach dem offenen Ausbruch der Differenzen zwischen Peking und Moskau in den verschiedensten Teilen der Welt aufkommenden pro-chinesischen Splittergruppen entstanden sehr früh auch in Westeuropa. Wie einst Lenin innerhalb der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorgegangen war, so wirkten sie zunächst als kleine Fraktionen in den sowjetisch-tendierenden kommunistischen Parteien und versuchten sie mit ihrer Agitation zu zersetzen. Je nach den Gegebenheiten, oft bedingt durch den Ausschluß aus ihrer bisherigen KP, formierten sie sich dann zu selbständigen „Marxistisch-Leninistischen Gruppen“, die allgemein die Keimzellen für die späteren chinesisch-kommunistischen Parteien darstellten.

Ihre Mitglieder waren anfangs überwiegend gläubige Altkommunisten, die oft von der seelenlosen Bürokratie der Parteiapparate oder auch von der aggressiven Nachkriegspolitik des Kremls gegenüber Ost- und Mitteleuropa enttäuscht waren und nun zu der sich anbietenden kommunistischen Alternative Peking-Prägung überwechselten. Im Laufe der Zeit aber konnten sich in den Splittergruppen allmählich radikalere Strömungen durchsetzen, die gerade umgekehrt mit der angeblich weichen Haltung Moskaus nicht einverstanden waren. Bei einem gewissen Prozentsatz der Funktionäre mögen auch persönliche Motive, Verärgerungen über ihre kommunistische Partei, egozentrisches Machtstreben und vielleicht auch pekuniäre Interessen dominiert haben.

Kennzeichnend für nahezu alle Gruppen war von Anfang an ihre überaus starke Propagandatätigkeit, die im krassen Gegensatz zu ihren minimalen Mitgliederzahlen steht. Die im Jahre 1966 in der Volksrepublik China einsetzende Kulturrevolution mit dem fast götzenhaften Mao-Kult wurde von ihnen allgemein fast kritiklos propagiert und in ihrem Parteileben in starkem Maße übernommen.

Organisatorisch wurden sie noch straffer und in ihren Absichten noch radikaler, doch blieb der erwartete Zulauf von neuen Mitgliedern aus. Auch nach der Besetzung der ČSSR durch die Mächte des Warschauer Paktes gelang es Peking nicht, die kommunistisch-antisowjetischen Reformkräfte in Westeuropa unter seiner Fahne zu sammeln.

Von diesen an Rotchina orientierten Splitterparteien scharf zu trennen sind die radikalen Jugend- und Studenten-Bewegungen in den einzelnen europäischen Ländern, sofern diese überhaupt Mao Tse-tung als ihr Idol ansehen. Nach der Ideologie der China-Kommunisten stellen die Studenten keine „revolutionäre Klasse“ oder „Avantgarde“ dar; nur „die Arbeiterklasse ist die fundamentale revolutionäre Kraft unserer Zeit“, und jede Revolution, die nicht von ihr geführt wird, ist, so wird behauptet, zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Neben dem Unvermögen, sich mit der Arbeiterklasse zu verbünden, werden der „Neuen Linken“ individualistische und anarchistische Tendenzen vorgeworfen sowie auch eine Unklarheit hinsichtlich der angestrebten Umwälzung der Gesellschaftsordnung¹⁾. Die jugendlichen Rebellen sind willkommene Verbündete gegen die westlichen Demokratien, doch haben sie „nichts gemeinsam mit dem genialen Marxismus-Leninismus und der Lehre des Genossen Mao Tse-tung“²⁾. Dessenungeachtet bleiben die einzelnen Studenten und Jungarbeiter aufgefordert, der Peking-KP beizutreten und sich dort der strengen Parteidisziplin zu unterwerfen. Aus demselben Grunde wird man kaum sagen können, daß die Splitterparteien die Entwicklung der radikalen Jugendbewegungen irgendwie gefördert haben. Nicht zu übersehen ist zum anderen, daß während der letzten Jahre die „Pro-Chinesen“-Gruppierungen sich erneut spalteten, so daß in den meisten westeuropäischen Ländern heute minde-

¹⁾ Vgl. dazu besonders „La Voix du Peuple“, Brüssel 1968, Nr. 21, S. 9, u. Nr. 22, S. 7; „Rote Fahne“, Wien 1968, Nr. 99, S. 3, u. 1969, Sonderdruck, Februar, S. 3; „Roter Morgen“, Hamburg 1968, Januar-Nummer, S. 1. Mao Tse-tung, Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Peking 1967, S. 48.

²⁾ So noch in neuester Zeit „Vanguard“, London 1970, Nr. 3, S. 3.

stens zwei Peking-Parteien existieren, die unter der Flagge Mao Tse-tungs nicht nur die Moskau-Kommunisten, sondern ebenso fanatisch sich untereinander bekämpfen. Obwohl sie diesen Fraktionismus selbst als „bestürzend“ erachten, sind alle Einigungsbestrebungen bisher ohne größeren Erfolg geblieben³⁾.

Belgien

Die Stärke und der Einfluß der Splitterparteien ist verständlicherweise recht unterschiedlich und von den verschiedenen Gegebenheiten des einzelnen Landes und auch ihrer führenden Funktionäre abhängig.

Die wichtigste, von China gelenkte KP Westeuropas war lange Jahre die „Parti Communiste de Belgique“. Schon in den Tagen der Judenverfolgungen Stalins schwelte in der sich an Moskau orientierenden „Parti Communiste Belge“ ein Konflikt, der offen ausbrach, als das ZK-Mitglied Jacques Grippa die sowjetische Parteilinie kritisierte und dann aus dem ZK und — weil er seine „antiparteiliche“ (chinesisch-albanische) Propaganda fortsetzte — auch aus der Partei ausgeschlossen wurde.

„Parti Communiste de Belgique“

Ende 1963 riefen daraufhin 194 Funktionäre auf einem „Nationalen Kommunistischen Kongreß“ die neue KP Belgiens chinesischer Orientierung aus⁴⁾. Ihr Programm sah im politischen Teil den Föderalismus in Belgien (im Sinne der Dreiteilung des Landes) sowie den Austritt aus der NATO vor und forderte die Anerkennung der Volksrepublik China.

An der Spitze des achtköpfigen Politbüros stand der geistige Kopf und Organisator der Partei, Grippa, der dem ZK der belgischen KP von 1943 bis 1950 und dann von 1958 bis 1962 angehört hatte. Im letzten Kriege war er als Résistance-Führer in einem deutschen KZ inhaftiert. Das gleiche Schicksal hatten die ZK-Mitglieder René Raindorf und Henri Glineur, ein Mitbegründer der belgischen KP aus dem Jahre 1920, erlebt. Ohnehin handelte es sich bei dieser Führungsspitze durchweg um bekannte Altkommunisten. Die Mitgliederzahl

In ihrer Wirkung dürften die Abtrünnigen-Gruppen bis in die jüngste Gegenwart mehr dem Sowjetkommunismus als dem Westen geschadet haben. In wirtschaftlichen Krisenzeiten und einer dann gewiß folgenden Radikalisierung könnte sich dies allerdings schnell ändern.

dieser KP umfaßte in den besten Zeiten vielleicht 400 aktive und 2000 sympathisierende Anhänger; bedingt durch mehrere „Parteisäuberungen“, war aber ab Herbst 1966 die Zahl rückläufig.

Von der Parteizentrale in der Rue des Palais in Brüssel entfaltete sich sehr bald eine überaus rege Aktivität, die sich über Westeuropa bis nach Nordafrika erstreckte. Bereits im September 1963 erschienen wöchentlich 10 000 Exemplare des Partei-Zentralorgans „La Voix du Peuple“ — der Name der illegalen KP-Zeitung aus der Kriegszeit, an deren Tradition es bewußt anknüpfen wollte. Außerdem existierten mehrere Flugblatt-Zeitungen und Werk-Blätter, die von den betriebsgruppen-ähnlichen „Aktionskomitees“ verbreitet wurden. Es entstand zudem eine Jugendorganisation, die mit der Publikation eines eigenen Blattes viele unzufriedene junge Menschen nicht nur aus der Moskau-KP, sondern auch aus bürgerlichen Schichten und von den Universitäten zu gewinnen vermochte.

Die Haltung der Sowjet-Kommunisten gegenüber den Rebellen war naturgemäß feindlich. Die „Prawda“ warf den Spitzenfunktionären kriminelle Handlungen vor, sprach von „prochinesischen Gassenbuben in Brüssel“ und erachtete die Partei „ohne Bedeutung“⁵⁾. In diesem Sinne bemühte sich die belgische (Moskau-) KP, die Opponenten in der internationalen Kommunistischen Weltbewegung zu diskreditieren: „Ihre Tätigkeit besteht im wesentlichen darin, Fälschungen zu veröffentlichen, Verwirrung zu stiften. Ihre Aufgabe besteht lediglich in dem Versuch, der Arbeit der belgischen Kommunisten zu schaden, ihnen zusätzliche Schwierigkeiten in den Weg zu legen, die Sowjetunion anzuschwärzen.“⁶⁾ Entsprechend den Thesen Pekings warfen die Dissidenten ihren früheren Gesinnungsgenossen

³⁾ U. a. „Clarté“, Brüssel 1970, Nr. 117, S. 6, u. „Roter Morgen“, a. a. O., 1970, Nr. 1, S. 1.

⁴⁾ Zur Entwicklung: „Centre de Recherche et d'Information Socio-Politiques“, Brüssel, „Courrier Hebdomadaire“, 1963, Nr. 199, S. 21 ff. u. Nr. 206, S. 11, sowie 1964, Nr. 228, S. 21 ff.

⁵⁾ „Prawda“, Moskau, 14. 7. 1963; 3. 6. und 6. 7. 1964.

⁶⁾ „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Prag 1964, Nr. 4, S. 271; ähnlich auch 1963, Nr. 6, S. 480 und 1964, Nr. 7, S. 571.

„Verrat“ an den kommunistischen Prinzipien vor: „Diese Partei, die sich betrügerisch und unehrenhaft ‚kommunistisch‘ nennt, um die Arbeiter zu betrügen, ist in Wahrheit eine Organisation, die von Renegaten geführt wird, sich einem tückischen und heuchlerischen Antikommunismus ausliefert, eine Klassen-Kollaboration praktiziert und eine Unterwürfigkeit an den US-Imperialismus predigt.“ ⁷⁾

Die gegenseitigen Schmähreden, Verleumdungen und nächtlichen Plakatkriege steigerten sich bei den Vorbereitungen zu den belgischen Gemeindewahlen 1964, die beide Parteien gegeneinander auf niedrigstem Niveau führten. Bei den Parlamentswahlen 1965 verbrannten die Pro-Sowjet-Kommunisten die Flugschriften der Pro-China-Kommunisten, beschädigten deren Parteibüro und überfielen in kleinen Trupps deren Aktivisten; bei einer dieser Schlägereien kam ein Moskau-Kommunist zu Tode.

Wie die belgische Peking-KP die Politik Rotchinas und Albaniens vollinhaltlich bejahte, so begrüßte sie begeistert die einsetzende Kulturrevolution: „Ihre gegenwärtigen Siege sind unsere Siege. Unsere Genossen, die die Urheber dieses grandiosen Kapitels der Weltgeschichte sind, haben das Recht auf all' unsere Dankbarkeit, auf unsere totale Solidarität“ ⁸⁾. Grippa wurde als erster Europäer Mitglied der „Roten Garden“ Aus bislang nicht völlig geklärten Umständen kam es dann jedoch zum Bruch mit Peking: Nach Grippas Darstellung hatten im Mai 1967 Mitarbeiter der KPCh-Propagandaabteilung in China westeuropäischen Peking-Kommunisten Flugschriften zugeschickt, die gegen ihn gerichtet waren; wahrscheinlich sollten durch diese Aktion die Splitterparteien wieder mehr nach Peking als nach Brüssel ausgerichtet und vielleicht sollte auch Grippas oft dokumentierte Selbstherrlichkeit korrigiert werden. In seitenlangen Artikeln seiner „Voix du Peuple“ warf dieser daraufhin der KPCh-Propagandaabteilung jedenfalls vor, die wahren marxistisch-leninistischen Texte und Ideen zu verfälschen und eine „schwarze Linie des Antikommunismus in Form eines Neo-Revisionismus mit Linksphraseologie“ zu verfolgen ⁹⁾. Die gegenseitigen Angriffe steigerten sich schnell; bald hatte sich, nach Grippas Worten, die Kulturrevolution „in eine politische, kulturelle und ideologische Konter-Revolution“ verwandelt und stellte „einen der größten Verratsfälle der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung“

⁷⁾ „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1965, Nr. 21, S. 11.

⁸⁾ „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1966, Nr. 37, S. 1.

⁹⁾ „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1967, Nr. 45, S. 9 ff. (ebenfalls Nr. 46, S. 9 ff.).

dar ¹⁰⁾. Schließlich attackierte er auch Mao Tse-tung, den er als Opfer seiner Umgebung hinstellte: „Dieses Propagandaarsenal des religiösen Personenkults ist auf ein solches Niveau gebracht worden, das in der menschlichen Gesellschaft bisher noch nicht erreicht wurde, auf ein solches Niveau, daß man nur erstaunt sein kann, daß dieser (Mao Tse-tung, d. Verf.) das Ziel ist und nicht sieht, daß er ein Opfer von Abenteurern ohne Skrupeln ist, die ihn ohne Skrupel in Verruf bringen und der Lächerlichkeit aussetzen.“ ¹¹⁾

Als den belgischen Rebellen von Tirana Sanktionen angedroht wurden, nahmen sie Anfang 1968 mit dem ZK der KP-Kuba Verbindung auf und schwenkten im Oktober des Jahres endgültig vom bisherigen Mao- auf Castro-Kurs um. Damit schied die wichtigste Peking-Partei Europas aus der Bewegung der chinesisch-kommunistischen Splittergruppen aus. Der Fall Grippa, sein Name und auch die weitere Existenz seiner Anhängerschaft wurden von der chinesischen und albanischen Presse totgeschwiegen.

„Parti Communiste Marxiste-Léniniste de Belgique“

Die meisten der von Grippa in mehreren „Parteisäuberungen“ Ausgestoßenen schlossen sich bereits im November 1967 auf einer „Nationalkonferenz“ zu der „Parti Communiste Marxiste-Léniniste de Belgique“ zusammen. Ihr Erster Sekretär ist Jules Vanderlinden, der früher ein enger Mitarbeiter Grippas war. Dem Politbüro steht eine Partei-Kontrollkommission zur Seite, der heute auch der Altkommunist Henri Glineur angehört. Der aktive Kern der Partei scheint nach wie vor nicht mehr als 200 Mitglieder zu umfassen. Ihr Wochenorgan „Clarté“ dürfte heute eine Auflage von rund 3000 Exemplaren erreicht haben.

Entsprechend dem Parteiprogramm werden der Marxismus-Leninismus im Sinne Mao Tse-tungs und die Kulturrevolution uneingeschränkt bejaht und andererseits der Moskau-Kommunismus sowie auch die NATO und die USA scharf abgelehnt. Im Gegensatz zu der „Parti Communiste de Belgique“ verneinen die China-Kommunisten einen Föderalismus des Landes, da dieser zwar die Institution des Staates schädige, nicht aber der belgischen Arbeiterklasse helfe. Unterschiedlich zu den meisten westeuropäischen Splitterparteien ist

¹⁰⁾ „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1968, Nr. 30, S. 6.

¹¹⁾ „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1968, Nr. 37, S. 8.

ebenfalls ihr Verhältnis zu den anderen „revolutionären“ Gruppierungen, mit denen sie selbst dann eine Zusammenarbeit bejaht, wenn sie nicht Peking ergeben sind. Als Nahziel will die Partei den Sturz der parlamentarischen Demokratie erreichen: „Man muß mit dem Angriff auf den belgischen Staat beginnen und ihn zerstören. Es darf nichts übrigbleiben, und kein Arbeiter, kein fortschrittlicher Intellektueller wird es bedauern.“¹²⁾

„Parti Communiste de Belgique (Marxiste-Léniniste)“

Die von Grippa aus seiner Partei ausgestoßenen Funktionäre Désiré Trifaux und Arnold Hauwaert bildeten im Sommer 1967 im wallo-

nischen Landesteil die ebenfalls pro-chinesische „Parti Communiste de Belgique (Marxiste-Léniniste)“. Obwohl ihre Mitgliederzahl bisher zwar sehr gering blieb, ist ihr Einfluß in manchen Industriegebieten nicht zu unterschätzen. Ihr Wochenorgan „L'Exploité“ widmet sich überwiegend gewerkschaftlich-betrieblichen Fragen; die seit kurzem gedruckte Auflage beträgt wahrscheinlich 2500 Exemplare. In der letzten Zeit führte die Partei mehrfach mit der „Parti Communiste Marxiste-Léniniste de Belgique“ Besprechungen über einen Zusammenschluß, doch sind diese im Juni des laufenden Jahres ergebnislos abgebrochen worden. Neuerdings hat die Gruppe um „L'Exploité“ Verbindung zur „Black Panther Party“ aufgenommen¹³⁾.

Italien

Die ersten kommunistischen Zellen chinesischer Ausrichtung in Italien entstanden bereits im August 1962. Die wichtigste war ein Kreis um das Blatt „Ritorniamo a Lenin!“ in Rom; sein Ziel stellte eine neue „Revolutionäre Internationale“ dar, die von Rotchina zwar geführt, jedoch nicht kontrolliert werden sollte. Als das Blatt dann überdies die KPCh wegen ihrer Zusammenarbeit mit alten Stalinisten in der Welt kritisierte, kam es zu größeren Differenzen mit Peking, und im Herbst 1964 vereinigte sich die Gruppe mit den Trotz-kisten.

„Partito Comunista d'Italia (marxista-leninista)“

Im gleichen Frühjahr erschien in Mailand die erste Nummer der Monatszeitung „Nuova unità“. Der verantwortliche Direktor war der einstige Partisanenführer Ugo Duse, der nach Kriegsende zum Mitglied der Nationalen Organisations-Kommission der KPI aufrückte und 1962 wegen seiner pro-chinesischen Einstellung ausgestoßen wurde. Um sein Blatt gruppieren sich nun — nicht zuletzt mit Hilfe der „China-Freundschaftsgesellschaften“ — die verschiedenen peking-kommunistischen Kreise. Unmittelbar vor ihrem geplanten Zusammenschluß und der Konstituierung einer Partei erfolgte indessen eine „Palastrevolution“, in deren Verlauf sich Duse mit einigen

Getreuen von seiner bisherigen Bewegung trennte¹⁴⁾.

Trotz dieses Rückschlags bildete sich im Mai 1965 die „Movimento“, und im Oktober 1966 beschlossen rund 110 Delegierte die Gründung der „Partito Comunista d'Italia (marxista-leninista)“ (KPI/ML.). Generalsekretär der neuen Partei wurde Fosco Dinucci; in das Parteisekretariat kamen außerdem Oswaldo Pesce und Livio Risalti. Die Gründungsurkunde betonte in den Grundsätzen, daß angesichts der „revisionistischen Entartung“ der KPI und ihres „Verzichts auf den geschichtlichen Auftrag der Arbeiterklasse“ sowie infolge der Unmöglichkeit, die „Diktatur der Bourgeoisie“ von innen her zu überwinden, die neue Partei wieder „die revolutionäre Aktion“ aufnehmen wolle¹⁵⁾.

Die Auflage der wöchentlich gedruckten „Nuova unità“ beträgt angeblich 30 000, in letzter Zeit jedoch erscheint sie nur noch vierzehntägig. Die Parteiorganisation der KPI (ML) basiert in erster Linie auf Zellen in den Fabriken. Diese sollen drei bis fünf Mitglieder umfassen und über eine „eiserne Disziplin, eine revolutionäre Disziplin für die Revolution des Proletariats,“ verfügen und „die Lehre Mao Tse-tungs ununterbrochen und gewissen-

¹²⁾ „Clarté“, a. a. O., 1968, Nr. 8, S. 1.

¹³⁾ „L'Exploité“, Chatelineau, 1970, Nr. 24, S. 2 und Nr. 28, S. 6.

¹⁴⁾ Zur Entwicklung der chinesisch-kommunistischen Strömungen in Italien vgl. „L'Espresso“, Rom 1968, Nr. 50, S. 16 ff. und „Rivoluzione Proletaria“, Mailand 1968, Nr. 5, S. 4 und Nr. 8—9, S. 5.

¹⁵⁾ „Nuova unità“, Mailand 1967, Nr. 39, S. 2, Nr. 41, S. 2 und Nr. 48, Beilage.

haft studieren" ¹⁶⁾). Die Versuche, eine besondere Gewerkschaft aufzubauen, kamen bis jetzt nicht über erste Ansätze hinaus, doch sind die Bestrebungen der Partei, durch besonders radikale Forderungen die Massen anzusprechen, nicht immer ohne Echo geblieben.

Bereits Ende 1964 war aus Zirkeln der Arbeiterjugend Mailands ein eigener Jugendverband entstanden. Einige Teile aber lehnten sich gegen die starke Bevormundung der KPI/ML auf; im März 1969 gab „Nuova unità“ daraufhin bekannt, daß eine Gruppe ausgestoßen sei, die sich gegen die Partei erhoben hätte, und in einer längeren Erklärung schloß das ZK jeden Zweifel an seiner Haltung zu derartigen Unabhängigkeitsregungen aus ¹⁷⁾. Den größten Erfolg bei der Jugend erreichten die italienischen China-Kommunisten zweifellos unter den Studenten. Zwar blieben die Partei-Hochschulgruppen zahlenmäßig klein — selbst die „Movimento studentesco“ in Mailand dürfte kaum 500 Mitglieder haben —, doch konnten sie mit ihren Thesen sich stets an die Spitze der Unzufriedenen stellen und dürften auch die größte Schuld an den Unruhen und Straßenkämpfen in den verschiedenen Universitätsstädten während der letzten Jahre haben. Symptomatisch für ihre Vorstellungen sind ihre Transparente mit den Losungen „Dubček — nein! Mao — ja!“, aber auch „Polizisten, die nächste Kugel ist für Euch!“.

Die KPI sah in der Parteigründung der KPI/ML eine „erbärmliche Provokation“, erwähnt die Abgefallenen aber relativ selten. Diese werfen ihr vor, nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und statt dessen „nur noch die 5. Kolonne der Bourgeoisie“ zu sein: „Man muß aus der KPI austreten, um Kommunist zu bleiben!“ ¹⁸⁾. Zwar liefen ganze Gruppen der Partei zu den Peking-Kommunisten über, doch blieb der erhoffte große Einbruch in die KPI-Mitgliederschaft bisher aus.

Die Gruppen um „il Partito“ und „La Linea Proletaria“

Ende 1968 indessen wurden die beiden Politbüro-Mitglieder Misefari und Balestri sowie das ZK-Mitglied Cracci unter den Beschuldigungen, „Trotzkist-Klerikal-Republikaner“ und „Polizei-Agent“ zu sein, von der KPI/ML ausgeschlossen; die wahren Gründe dieser „Säuberung“ beruhen sicherlich auf internen,

¹⁶⁾ Ebenda, 1967, Nr. 45, S. 3.

¹⁷⁾ Ebenda, 1969, Nr. 13, Beilage, S. 1 und Nr. 27, S. 3.

¹⁸⁾ „l'Unità“, Rom, 16. 10. 1966. „Nuova unità“, a. a. O., 1967, Nr. 36, S. 3 und Nr. 49, S. 1 sowie 1968, Nr. 25, S. 3.

persönlichen Machtkämpfen. Im September 1969 hatten auch das ZK-Mitglied Pugliese wegen „politischer und moralischer Unwürdigkeit“ und drei Monate danach das ZK-Mitglied Hermann die Partei zu verlassen. Die Ausgeschlossenen bildeten daraufhin eine zweite „Partito Comunista d'Italia (ML)“; die das kleine Wochenorgan „il Partito“ verbreitet. Das Verhältnis zu den verbliebenen Funktionären der Peking-Partei, den „wahren Feinden der Arbeiterklasse“, äußert sich in üblen Beschimpfungen und Schlägereien. „Nuova unità“ wiederum stellt die Gruppe als „zerstört und isoliert“ hin ¹⁹⁾.

Pesce, Mitglied des Parteisekretariats, der „wegen Unterstützung der Abweichler und wegen Zerrüttung der Einheit (der Partei)“ im Februar 1970 gestürzt worden war, baute vor kurzem die chinesisch-kommunistische „Organizzazione dei marxisti-leninisti“ auf und veröffentlicht jetzt die 24-seitige Zeitung „La Linea Proletaria“. Er hält der KPI/ML vor, sie verletze die wahren Gedanken Mao Tse-tungs und vertrete statt dessen „kleinbürgerliche Ideen“. Entscheidend sei daher der „Kampf bis zum Ende gegen die gegenwärtige Parteiführung und ihre revisionistische Linie“ und danach die Errichtung einer „echten“ marxistisch-leninistischen Partei ²⁰⁾.

„Lega dei Comunisti (marxisti-leninisti) d'Italia“

Seine damalige Trennung von der „Nuova unità“ motivierte Ugo Duse im Mai 1965 in seinem neuen radikaleren Monatsblatt „Il Comunista“ damit, daß diese „überlebt“ und auch nur die „Frucht eines Kompromisses“ gewesen sei. In der Folgezeit versuchte er, die Leser seiner früheren Zeitung für sich zu gewinnen und gründete Ende desselben Jahres die „Lega dei Comunisti (marxisti-leninisti) d'Italia“. Die Spannungen wuchsen, als dann die „Partito Comunista d'Italia (marxista-leninista)“ entstand: Sie sei, klagte Duse, eine „Bande kleinbürgerlicher Abenteurer“, die sich „wie hundertprozentige Faschisten gegen ihre eigenen Kampfgenossen“ benehmen, und die „Partito“ ihrerseits sah in der „Lega“ nur „Provokateure“ mit der einzigen Absicht, die KPI/ML zu zerstören ²¹⁾. Im April 1968 erschien unter

¹⁹⁾ „Nuova unità“, a. a. O., 1970, Nr. 1, S. 4. Im Herbst 1970 schlossen sich mehrere Ortsgruppen der „Partito“ der „Union dei Comunisti Italiani“ an.

²⁰⁾ Vervielfältigtes Rundschreiben an seine bisherigen KPI (ML)-Genossen vom Februar 1970, S. 1. „La Linea Proletaria“, Mailand 1970, Nr. 1—2, S. 2.

²¹⁾ „Il Comunista“, Mailand 1968, Nr. 1, S. 4. „Nuova unità“, a. a. O., 1968, Nr. 35, S. 2 und 1969, Nr. 16, S. 3.

Duses Verantwortung in Biella die erste Ausgabe des internen Monatsbulletins „La Voce Comunista“, das partei-theoretische sowie -organisatorische Fragen behandelte und häufig für das Selbstbestimmungsrecht der Tiroler und der Minderheiten in Europa eintrat. Ähnliche Tendenzen zeigte auch die Flugblatt-Zeitung für die Hochschulen, die die italienische Universitätsstruktur bekämpfte — „Die Universität ist faschistisch, weil sie katholisch, reaktionär und bürgerlich ist“²²⁾ — und für die Politik Pekings warb.

Anfang 1970 aber zog sich Duse resigniert und verbittert vom Rotchina-Kommunismus zurück. Die Ursache für diesen Schritt war letztlich, daß er zu den „zu bürokratischen Genossen der KPCh in Peking kein Vertrauen mehr hatte“²³⁾. In weiterer Konsequenz löste sich die „Lega“ auf, die Publikationen wurden eingestellt. Neuerdings bemüht sich ein Rest-Grüppchen, „La Voce Comunista“ wieder drucken zu lassen.

„Union dei Comunisti Italiani (marxisti-leninisti)“

Im Frühjahr 1966 hatten einige Funktionäre den Kreis um Duse verlassen und danach im August 1968 unter Führung von Luciano Raimondi und Giuseppe Mai die „Partito rivoluzionario marxista-leninista d'Italia“ gegründet. Innenpolitisch forderte ihr Programm besonders soziale Verbesserungen; das Partei-

Frankreich

Bereits kurz nach dem Tode Stalins erschienen in Paris mehrere kommunistische, gegen Moskau eingestellte Blätter. Obwohl sie späterhin auch die Erklärungen der KPCh veröffentlichten, bejahten sie diese jedoch nur zum Teil. Da sie zudem gegenüber Stalin eine distanziert-kritische Haltung einnahmen, kam es zu keiner Zusammenarbeit mit Peking.

„Parti Communiste Marxiste-Léniniste de France“

Im November 1963 entstand innerhalb der französisch-chinesischen „Freundschaftsgesellschaft“ in Marseille eine eigene Gruppe, die sich mit ähnlichen Zirkeln aus anderen südfranzösischen Städten zusammenfand. Wäh-

²²⁾ „Il figlio della sinistra universitaria“, Mailand 1968, Nr. 3, S. 1.

²³⁾ Aus einem Brief einer seiner engsten Mitarbeiter.

statut verlangte von den Mitgliedern, sie dürften nicht „andere Menschen ausbeuten“ oder „einen religiösen Kult praktizieren“. Das Verhältnis zu den anderen Peking-Gruppierungen war ebenfalls ausgesprochen feindlich²⁴⁾.

1969 hatte die Partei etliche innere Schwierigkeiten durchzustehen und schloß sich daraufhin der „Union dei Comunisti Italiani (marxisti-leninisti)“ an. Diese hatte sich im Oktober 1968 unter Aldo Brandirali und den Funktionären Stame, Meldolesi und Caputo gebildet. Jedes Mitglied wird von ihr dazu angehalten, „die Volksmassen und die ‚Union‘ zu lieben“ und „das Leben voll und ganz . . ., ohne Vorbehalt den Forderungen der Partei unterzuordnen“. Das im Mai 1970 verkündete „Programm der revolutionären Regierung“ erstrebt die Verteilung „allen Eigentums der Reichen an die Armen“, das Verbot jeglicher Herstellung von Luxusartikeln, die Rückkehr aller Bauern auf das Land und sämtlicher italienischer Gastarbeiter nach Italien, die Teilnahme aller Jugendlichen „in einer Organisation für Kollektivleben“ sowie die „Umerziehung der Intellektuellen und Künstler“²⁵⁾. Ihr Organ „Servire il popolo“, das wöchentlich erscheint, behauptet, eine Auflage von 40 000 Exemplaren zu haben — doch wird diese tatsächlich nicht 15 000 überschreiten²⁶⁾. Bemerkenswert ist, daß die „Union“ im Frühjahr 1970 vom „Guozi-Shudian“-Verlag in Peking das Alleinverbreitungsrecht für Italien eingeräumt erhielt.

rend des Sommers 1964 proklamierten sie die „Fédération des cercles marxistes-léninistes“. Zum neuen Sekretariat gehörte schon damals der spätere Organisator der französischen Peking-Kommunisten, der 1922 geborene Steuerinspektor Jacques Jurquet aus Marseille, der nach Kriegsende vorübergehend Parlamentssekretär bei der französischen Nationalversammlung war und 1959 in der Algerien-Frage erste Schwierigkeiten mit der KPF bekam²⁷⁾.

²⁴⁾ „Rivoluzione Proletaria“, a. a. O., 1967, Nr. 1, S. 4 und 1968, Nr. 6—7, S. 12.

²⁵⁾ „Servire il popolo“, Rom 1970, Nr. 19—20, S. 5 und 9. Über die jetzige Lage des China-Kommunismus in Italien vgl. u. a. „La Discussione“, Rom 1970, Nr. 14, S. 23 ff.

²⁶⁾ „Servire il popolo“, a. a. O., 1970, Nr. 13, S. 6 und Nr. 16, S. 8. Zur ablehnenden Haltung der „Organizzazione“ s. „La Linea Proletaria“, a. a. O., 1970, Nr. 1—2, S. 2 und 14.

²⁷⁾ Vgl. zu der Entwicklung „Est et Ouest“, Paris 1967, Nr. 395, S. 13 ff.; „l'Humanité nouvelle“, 1966, Nr. 20, S. 4 und 1967, Nr. 70, S. 3.

Am 30. Dezember 1967 liefen über 100 Delegierte die „Parti Communiste Marxiste-Léniniste de France“ aus. Von den rund 2500 Mitgliedern dieser P.C.M.L.F. waren damals nach offiziellen Angaben 33 % Fabrikarbeiter, 26 % Studenten und 19 % Beamte, während 17 % von ihnen Angestellte und 3 % Bauern gewesen sein sollen; das Durchschnittsalter belief sich, gleichen Quellen zufolge, auf 32 Jahre²⁸⁾. Ihr Parteiorgan „L'Humanité nouvelle“, das ab 1966 wöchentlich gedruckt wurde, hatte eine Auflage von etwa 7000 Exemplaren²⁹⁾; als Chefredakteur fungierte Régis Bergeron, früher Chef der Kulturabteilung beim KPF-Zentralorgan, der als der beste China-Kenner Frankreichs gilt.

Bei jüngeren Menschen fanden die Sino-Kommunisten nicht das gewünschte Echo, weil sie zwar in die Parteiorganisation aufgenommen wurden, aber keine eigene Jugendorganisation gründen durften; auf wiederholtes Drängen wurde zwar die Gründung einer solchen versprochen, jedoch wurde die Verpflichtung daran geknüpft, daß ihre Leitung sich stets der Partei unterordne. Diese schien ungleich größere Anstrengungen auf eine Unterwanderung der CGT-Gewerkschaft zu machen, und bereits Ende 1966 zeigten deren Aufmärsche vielerorts peking-kommunistische Strömungen. Während des Frühjahrs 1967 begann die CGT eine „antichinesische Hetzjagd“ und versuchte, die ungewünschten Gegenkräfte auszuschließen³⁰⁾. Noch im Herbst 1963 hatte die KPF-Führung zur parteiinternen Diskussion über die Fragen des Weltkommunismus aufgerufen — jedoch wohl in der Absicht, die Anhänger der chinesischen Richtung hervorzulocken und auszuschalten. In der Folgezeit kam es immer wieder zwischen den Kommunisten „roter“ und „gelber“ Färbung zu harten Auseinandersetzungen. Ein internes KPF-Rundschreiben befahl: „Kein prochinesischer Redner darf öffentlich sprechen, keines der Plakate darf an den Wänden bleiben!“³¹⁾ Anfang 1968 erklärte das Politbüro-Mitglied Marchais, die KPF werde die Splitterpartei „bis zu ihrem endgültigen Untergang“ bekämpfen; auch auf dem jüngsten Parteitag wurde über den „Maoismus“ geklagt³²⁾.

Bei den französischen Studentenunruhen im Mai 1968 spielte die „Parti Communiste Marxiste-Léniniste de France“ keine große

Rolle. Gefangen von ihrer chinesisch-kommunistischen These über die führende Rolle der Arbeiterklasse, stand sie der Bewegung anfangs skeptisch gegenüber und wandte sich primär gegen die „Macht des Kapitalismus“; ihre später einsetzende Propaganda hatte den entscheidenden Augenblick verpaßt, auch wenn sie bei der Besetzung der Fabriken zweifellos größere Aktivität zeigte. Mitte Juni 1968 wurde die Partei von der französischen Regierung verboten³³⁾. Zwei Monate später erschien „l'Humanité nouvelle“ illegal, bis dann im Februar 1969 „l'Humanité rouge“ an ihre Stelle trat; sie bezeichnet sich im Untertitel zwar als „Wochenzeitung der Information und marxistisch-leninistischen Studien im Dienste des Kampfes der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen“, stellt aber in Wahrheit das legale Zentralorgan der weiterhin illegalen Partei dar. Mehrere Versuche im Frühjahr 1970, die P.C.M.L.F. wieder legal aufzubauen, ließ die französische Regierung mit Gefängnisstrafen ahnden. Vor kurzem wurde der verantwortliche Herausgeber der „Humanité rouge“ — die heute eine Auflage von wöchentlich 35 000 Exemplaren haben soll — wegen Verleumdung der Polizei angeklagt³⁴⁾.

„Centre Marxiste-Léniniste de France“

Die erste peking-kommunistische Gruppe in Frankreich, das spätere „Centre Marxiste-Léniniste de France“ (C.M.L.F.), hatte Claude Beaulieu im Spätsommer 1963 in Clichy gegründet. Über die einzunehmende Haltung der Sino-Kommunisten bei den französischen Wahlen kam es mit der „Parti Communiste Marxiste-Léniniste“ bald zu Streitigkeiten: Während diese de Gaulle als einen „Vertreter der Kapitalisten-Klasse“ ablehnte, befürwortete das „Centre“ seine Wahl wegen de Gaulles distanzierter Haltung gegenüber den USA. Schließlich warf die Partei der Gruppe, die sich nicht unterordnen wollte, vor, sie sei „nichts anderes als eine von der revisionistischen Partei errichtete Werkstätte für Vergiftungen, Diversionen und Provokationen“³⁵⁾. Das C.M.L.F. hingegen wertete die P.C.M.L.F. als „eine anti-marxistisch-leninistische Mafia“ und griff deren Ersten Sekretär öffentlich an: „Du betrügst Dich und die französische Arbeiter-

²⁸⁾ Ebenda, 1968, Nr. 84, S. 7.

²⁹⁾ Ebenda, 5. 1. 1968 und auch „Le Monde“, Paris, 31. 3. 1968.

³⁰⁾ Zitiert nach „l'Humanité nouvelle“, a. a. O., 1967, Nr. 44, S. 4.

³¹⁾ „l'Humanité nouvelle“, a. a. O., 1967, Nr. 30, S. 10 und Nr. 36, S. 10.

³²⁾ „l'Humanité“, 5. und 7. 1. 1968 sowie 14. 2. 1970.

³³⁾ „Est et Ouest“, a. a. O., 1968, Nr. 406, S. 6 f. Emil-Maria Claasen/Louis-Ferdinand Peters, *Rebellion in Frankreich*, München 1968, S. 41 ff. und 120.

³⁴⁾ Siehe dazu allgem. „Est et Ouest“, a. a. O., 1969, Nr. 430, S. 25 ff. „Le Monde“, a. a. O., 3. 10. 1970.

³⁵⁾ „l'Humanité nouvelle“, a. a. O., 1967, Nr. 77, S. 10, „Tribune rouge“, Paris 1968, Nr. 5—6, S. 4, „Le Monde“, a. a. O., 26. 1. 1967.

klasse. Du und die anderen Führer führen die französische Arbeiterklasse nur aus der Sackgasse, wohin sie die revisionistische Partei versetzt hat, um sie in neue Sackgassen zu stoßen.“³⁶⁾

Weniger Streitigkeiten gab es mit den studentischen Gruppierungen, die das „Centre“ als „Theoretiker“ und „totale Dummheit kleinbürgerlicher Intellektueller“ abtat. Anfang 1968 liierte es sich mit der „Parti Communiste de Belgique“ unter Grippa und stellte schließlich jede Propagandatätigkeit ein. Ein Teil spaltete sich ab und scharte sich um das neue Organ „Voix Prolétarienne“.

„La Gauche prolétarienne“

Anfang 1964 entstanden innerhalb der moskau-kommunistischen „Union Étudiants Communiste“ (UEC) chinesisch-orientierte Zellen, die nach längerer Untergrund-Arbeit Ende 1966 öffentlich auftraten und sich in der „Union des Jeunesses Communiste (Marxiste-Léniniste)“ zusammenschlossen. Die Zahl ihrer Mitglieder betrug vielleicht 1000, in Paris davon knapp 300. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag auch nicht in den Universitäten, sondern in den Fabriken: Als maoistisches Pendant zu den Arbeiterpriestern kämpften sie in der CGT im Untergrund und sahen ihre primäre Aufgabe darin, das Industrieproletariat zu einem „revolutionären Bewußtsein“ zu erziehen. Neben ihrem eigenen Monatsblatt „Garde rouge“, das sie als „Propaganda-Instrument einer sich bildenden politischen Linie“ sahen, veröffentlichten sie für die Arbeiterschaft das Monatsorgan „Servir le peuple“, das ihr „eine systematische Kenntnis von ihren Kämpfen vermitteln“ sollte³⁷⁾. Während der Mai-Revolution 1968 übte die Studenten-Union keinen dominierenden Einfluß auf die Zeitschrift aus, doch wurde sie am 12. Juni 1968 verboten.

Teile der Gruppierung gaben dann die Monatszeitung „La cause du peuple“ heraus, die bald zur radikalsten in Westeuropa wurde³⁸⁾: Sie betrachtet Diebstähle in Großwarenhäu-

³⁶⁾ „Tribune rouge“, a. a. O., 1967, Nr. 4, S. 3, „Bulletin d'Information Marxiste-Léniniste“, Paris 1966, Nr. 20, S. 21.

³⁷⁾ „Garde rouge“, Paris 1967, Nr. 7, S. 4. „Est et Ouest“, a. a. O., 1967, Nr. 395, S. 23 ff. und 1968, Nr. 406, S. 7; „Le Monde“, a. a. O., 8. 3. 1964 und 3. 4. 1968.

³⁸⁾ Ein anderer Teil bildete die „Ligne rouge“ mit ihrem gleichnamigen Organ; sie löste sich jedoch kürzlich wegen ihrer eigenen „inneren Widersprüche“ (so ihr Rundbrief v. 22. 7. 1970) auf. Über ihre verneinende Haltung zur „Gauche prolétarienne“ vgl. insbes. „Ligne rouge“, Paris 1969, Nr. 5; Spécial, S. 21, Nr. 7, S. 2 und 1970, Nr. 8, S. 3.

sern als „die rechtmäßige Rückgewinnung dessen, was die Arbeiter fabrizieren“, und schreibt in Schlagzeilen „Sabotage — das ist normal“. Anfang 1970 rief sie zur Bildung einer „neuen Résistance“ und zur Aufstellung kleiner Guerilla-Trupps auf: „Was wir zunächst wollen, ist die Macht. Was wir wollen? Alles!“ Ab Februar 1970 häuften sich in Frankreich die Anschläge gegen Fabriken, Polizisten und Einzelpersonen. „Dieser direkte Kampf ist (für uns) die Kriegsschule für die Vernichtung der Bourgeoisie“, schrieb das Blatt, das seit Mai dieses Jahres sogar wöchentlich in 40 000 Exemplaren herauskommt³⁹⁾. Ende März wurden der Herausgeber Le Dantec, ein 27jähriger Dozent der Pariser Kunstakademie, und einen Monat später auch sein Nachfolger Le Bris, der gleichaltrige frühere Leiter einer Jazzrevue, wegen Anstiftung zu Verbrechen gegen die staatliche Sicherheit, zu Brandstiftung und Plünderung inhaftiert. Die Leitung der Zeitschrift übernahm daraufhin der Philosoph und Schriftsteller Jean Paul Sartre. Zweifellos entspricht die Aufforderung zur Sabotage, ihr einseitig anti-israelisches Eintreten und auch ihre Ablehnung Dubčeks kaum Sartres Wertvorstellungen. Wahrscheinlich ist es die exzentrische, romantisierende Handlungsweise, die ihn sich mit „La cause du peuple“ identifizieren läßt; er selber spricht von seiner Sorge um die bedrohte Pressefreiheit durch die Pariser Regierung, „die darauf besteht, das Blatt zu ruinieren“⁴⁰⁾.

Am 27. Mai kam es auf Grund der revolutionären Umtriebe und Propaganda zum Prozeß. Er endete mit der Verurteilung der zwei Herausgeber von „La cause du peuple“ und mit dem Verbot der „Gauche prolétarienne“. Nach dem Prozeß kam es zu Unruhen, doch blieb das erhoffte Echo unter der Arbeiterschaft aus. Auch die Aktion „Keinen Urlaub für die Reichen!“ mit dem systematischen Zerstören von Autos und dem Besetzen von Urlaubsorten erzeugte höchstens ein Gefühl der Unsicherheit. Das Organ der Gruppe, „La cause du peuple“, erscheint weiterhin; die Exemplare werden allerdings fast immer beschlagnahmt und die jugendlichen Verkäufer festgenommen. Wohl um die Organisation vor dem polizeilichen Zugriff zu schützen, schufen die „Maos“ (wie sie sich neuerdings selber nennen) Anfang Juli die „Bewegung des 27. Mai“,

³⁹⁾ „La cause du peuple“, Paris 1969, Nr. 12, S. 3 und Nr. 13, S. 7 sowie 1970, Nr. 18, S. 1 f. und Nr. 19, S. 1.

⁴⁰⁾ „Die Weltwoche“, Zürich 1970, Nr. 23, S. 3; „Die Zeit“, Hamburg 1970, Nr. 31, S. 10; „Frankfurter Allgemeine“ Frankfurt 3. und 14. 7. 1970; „Le Monde“, a. a. O., 27.—28. 9., 1. 10. u. 23. 10. 1970.

die ebenfalls „gegen das bestehende despotische System losschlagen und das Volk einigen“ will: „Wir werden über den Ruinen des Frankreichs des Geldmammons das Frankreich des Volkes bauen!“⁴¹⁾ Der Führer der etwa 2000 Mitglieder starken „Gauche prolétarienne“, der 32jährige Philosophie-Dozent Alain Geismar, war Ende Mai geflüchtet und konnte erst Ende Juni festgenommen werden. Im Oktober wurde er zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt; um neue Unruhen zu vermeiden, war der Bereich des Gerichtshofes in Paris von 5000 Polizisten und die Stadt mit weiteren 15 000 Gendarmen gesichert worden⁴²⁾.

Die „Humanité rouge“ kritisierte schon lange die „zu dogmatischen“ Ansichten und den „Western-Stil“ der Gruppe, die einen „Betrug an den Gedanken Mao Tse-tungs“ beginge:

Nur die Arbeiterklasse ist Träger einer gesunden, sauberen und wahren Ideologie, die den Vorzug haben kann, den Revisionismus zu überwinden“. In ihren Augen konnte die „Gauche prolétarienne“ mit dem „Liberalbürger“ Sartre letztlich nur den Einfluß des (Moskau-) Revisionismus stärken⁴³⁾. Die anderen Splitterparteien Europas nahmen zu den Ereignissen kaum Stellung; eine englische Peking-Gruppe verurteilte die Aufrufe zur Sabotage in den Fabriken, die dem Proletariat keinen Nutzen brächten und stellte die „Maos“ auf das gleiche „politisch-kleinbürgerliche Niveau wie Kidnapper“⁴⁴⁾. Im Gegensatz zu früher hat selbst China den Kreis um „La cause du peuple“ mit keinem Wort erwähnt — wohl um die laufenden Kontakte mit der französischen Regierung nicht zu tangieren.

England, Irland

Im November 1963 zirkulierte in England ein „Appell an alle Kommunisten“, der aufrief, „sich zu einigen in der Verdammung der revisionistischen Gruppe, die die britische KP kontrolliert“. Als Erster Sekretär dieses neuen, nach Peking ausgerichteten „Committee to defeat Revisionism, for Communist Unity“ (C. D. R. U.) fungierte der 34 Jahre alte Wirtschaftslehrer Michael Mc Creery — ein ehemaliger Eton-Schüler und Sohn eines britischen Generals. Nach seinem Tode und mehreren erneuten Abspaltungen büßte der Kreis viel von seiner anfänglichen Schlagkraft ein und dürfte heute nur noch 200 Mitglieder haben. Das Organ „Vanguard“ wird seit 1966 lediglich hektographiert veröffentlicht. Auffallend ist seine starke Berücksichtigung Albaniens, während China und seine Kulturrevolution nur sekundäre Bedeutung erlangen. Im Gegensatz zu vielen Splitterparteien dominieren bei dem Blatt die innenpolitischen Probleme, wobei selbstkritisch die Frage gestellt wird: „Warum hat die marxistisch-leninistische Bewegung in Britannien nicht die Besten der Farbigen angezogen? Warum hat der Marxismus-Leninismus nicht mehr Studenten angezogen, um die Studentenbewegung zu beeinflussen?“⁴⁵⁾

„The Marxist-Leninist Organization of Britain“

Als im Sommer 1965 das bisherige ZK-Mitglied Mike Baker aus dem C.D.R.C.U. ausgeschlossen wurde, gründete er mit einigen anderen Gefährten das chinesisch-kommunistische „Action Centre For Marxist-Leninist Unity“, das sich im September 1967 unter seinem Vorsitzenden Bill Bland zu der „Marxist-Leninist Organization of Britain“ (M.L.O.B.) umformierte. Sandte die Gründungskonferenz Mao Tse-tung und der KPCh noch „warme, brüderliche Grüße“ und versicherte ihnen ihre „vollständige Solidarität“ und lobte ihr Organ „Red Front“ die Kulturrevolution, die das Zurückfallen Chinas zum Kapitalismus verhindere, so änderte die M.L.O.B. innerhalb von drei Monaten ihre Ansicht völlig: Nunmehr beschimpfte sie Mao Tse-tung, der der „Kapitalisten-Klasse“ in der Volksrepublik diene und die wahre KPCh zerstöre. Auf der Suche nach den Ursachen dieser Entwicklung gab sich die weiterhin pro-rothinesische, aber nunmehr anti-maoistisch eingestellte Gruppe die Antwort: „Es wäre nur dadurch möglich, indem die kapitalistische Konterrevolution als ‚sozialistische Revolution unter der Führung der Kommunistischen Partei‘ vorgestellt wird ... Es wäre nur dadurch möglich, daß die große Kom-

⁴¹⁾ „Un été chaud“, Paris 1970, Juli-Heft, S. 2. „Le Monde“, a. a. O., 2. 7. u. 24. 10. 1970; vgl. auch „Neue Zürcher Zeitung“, a. a. O., 27. 10. 1970.

⁴²⁾ „Le Monde“, a. a. O., 28. 5. 1970; vgl. auch 31. 5.—1. 6. 1970 und 13. 6. 1970.

⁴³⁾ „l'Humanité rouge“, a. a. O., 1969, Nr. 23, S. 2; 1970, Nr. 47, S. 11; Nr. 52, S. 9; Nr. 64, S. 3 (ähnlich Nr. 63, S. 3) und „Spécial“ (Juli-Ausgabe), S. 1 ff. — Über die Stellungnahme der KPF s. „l'Humanité“, a. a. O., 5. 2. und 28. 5. 1970.

⁴⁴⁾ „Vanguard“, a. a. O., 1970, Nr. 3, S. 3. Siehe außerdem „Clarté“, a. a. O., 1970, Nr. 129, S. 4 und „L'Exploité“, a. a. O., 1970, Nr. 32, S. 11.

⁴⁵⁾ Ebenda, 1968, Nr. 3, S. 4.

munistische Partei China zusammen mit den Staatsorganen der Volksrepublik unter dem Vorwand der ‚Säuberung von Revisionisten und Konterrevolutionären‘ zerstört wird ... Es wäre nur dadurch möglich, daß die faschistischen Sturm-Soldaten der kapitalistischen Konterrevolution als ‚junge Revolutionäre‘ und ‚Rote Garden‘ vorgestellt werden ... Es wäre nur dadurch möglich, daß das Studium des Marxismus-Leninismus verdreht wird in das halb-religiöse Absingen von isolierten Zitaten aus den Werken des konterrevolutionären Führers, der als ‚größter marxistisch-leninistischer Genius aller Zeiten‘ vorgestellt wird ...“⁴⁶⁾

Für die „Organisation“ bleibt die Hoffnung, daß die „konterrevolutionäre Clique mit Mao Tse-tung an der Spitze“ untergehen und eine neue, echte marxistisch-leninistische Partei in China „die große Revolution vollenden“ wird⁴⁷⁾. Seit einigen Monaten plant die Gruppe, mit Gesinnungsgenossen in den USA und in einigen westeuropäischen Ländern eine neue „Internationale“ ins Leben zu rufen.

„Communist Party of Britain (Marxist-Leninist)“

Im November 1966 erschien die erste Ausgabe der theoretischen Zeitschrift „The Marxist“, aus deren Leserschaft sich im April 1968 die „Communist Party of Britain (Marxist-Leninist)“ entwickelte. Sie ist eindeutig pro-chinesisch und bejaht uneingeschränkt jede Entwicklung in der Volksrepublik. Ihr Parteiprogramm schreibt der KPCh ausdrücklich die führende Rolle in der kommunistischen Welt-

Schweden

Während der chinesischen Kulturrevolution bildeten sich in mehreren schwedischen Städten „Marxistische Studiengesellschaften“, deren Schulungsabende China und die Thesen Mao Tse-tungs propagierten.

Die wichtigste Gruppe sammelte sich um den jungen Dozenten für Nationalökonomie an der Universität Uppsala, Bo Gustafsson, der mehrere Schriften Mao Tse-tungs ins Schwedische übersetzt hat und seit 1965 die alle zwei Monate erscheinende Schrift „Marxistiskt Forum“ herausgibt. Mit der Zeit gelang es ihm, die Leiter der anderen Peking-Kreise für sein

⁴⁶⁾ „Red Front“, London 1967, Nr. 1, S. 8 und 14, 1968, Januar-Sonderausgabe, S. 9 f. sowie Nr. 11, S. IX.

⁴⁷⁾ Ebenda, 1969, Mai-Juni-Ausgabe, S. 18 ff.

bewegung zu. Innenpolitisch wollen sich die rund 400 Parteimitglieder, an deren Spitze der bekannte Gewerkschaftler Red Birch steht, für die farbigen Arbeiter in England einsetzen; auch ihr Monatsorgan „The Worker“ behandelt vornehmlich Gewerkschaftsfragen. Obwohl die KPCh in Großbritannien sehr deutlich auf diese Gruppierung setzt, ist an einen Zusammenschluß mit dem „Committee“ auch in naher Zukunft nicht zu rechnen. In einer der letzten Ausgaben konstatierte „Vanguard“: „Wir wundern uns, wo alle diese Individuen vor sieben Jahren waren, als wir die ersten darstellten, die mit dem Revisionismus brachen.“⁴⁸⁾

„Communist Party of Ireland (Marxist-Leninist)“

Ende 1968 tauchten in Irland Flugblatt-Zeitungen auf, für die die china-orientierte „Irish Communist Movement (Marxist-Leninist)“ verantwortlich zeichnete. Anfang Juli 1970 benannte sich die kleine Gruppe um in „Communist Party of Ireland (Marxist-Leninist)“. Erster Vorsitzender wurde der junge Micheal Hehir, der auch das neuerdings wöchentlich erscheinende Organ „Red Patriot“ herausgibt. Der Kreis scheint indessen kaum Kontakte nach England zu haben, sondern dürfte über Kanada angeleitet werden. Seine absolute Peking-Treue und auch seine Ziele in dem von Unruhen heimgesuchten Irland widerspiegeln sich in seinen ständigen Parolen: „Chinas Vorsitzender ist auch unser Vorsitzender! Chinas Weg ist auch unser Weg!“ und — „Bereitet den Volkskrieg vor!“⁴⁹⁾

Organ zu gewinnen, und aufgrund dieser redaktionellen Mitarbeit entwickelte sich die Zeitschrift allmählich zu einer gemeinsamen Plattform. Der nächste Schritt im Mai 1967, den Zusammenschluß auch formal zu vollziehen, stellte keine große Schwierigkeit dar. Als Grund für die Abspaltung gaben die Sino-Kommunisten den Kurswechsel der schwedischen KP auf ihrem 21. Parteikongreß an⁵⁰⁾.

⁴⁸⁾ „Vanguard“, a. a. O., 1970, Nr. 2, S. 1.

⁴⁹⁾ „Red Patriot“, Dublin 1970, Nr. 5, S. 6; Nr. 6, S. 10 und Nr. 9, S. 12. Die englischen Pekingkommunisten fordern zwar nachdrücklich den Abzug der britischen Truppen aus Irland, negieren die dortige Splitterpartei aber völlig (s. u. a. „The Worker“, London 1970, August-Ausgabe, S. 1).

⁵⁰⁾ „Marxistiskt Forum“, Uppsala 1966, Nr. 2, S. 28 ff.; Nr. 3, S. 18 und 1967, Nr. 3, S. 31.

Bald danach, Ende Juni 1967, riefen die Rotchina-Anhänger den „Kommunistiska förbundet marxist-leninisterna“ (K.F.M.L.) aus. Dem leitenden „Arbeitsausschuß“ gehören Bo Gustafsson und, als sein Stellvertreter, Frank Baude an. Die Tätigkeit des Studiensekretärs übt der Alt-Stalinist Nils Holmberg aus, der zwei Jahre lang bei der Propaganda-Abteilung der KPCh in Peking arbeitete und nach seiner Rückkehr das „rote Büchlein“ ins Schwedische übersetzte. Als einzige westeuropäische Splittergruppe verpflichtet sich der K.F.M.L., der ohnehin subversive Kontakte zu Gleichgesinnten in Polen und auch in der Sowjetunion nachgesagt werden⁵¹), ausdrücklich zur „Unterstützung der Bevölkerung der Sowjetunion und der (ost-)europäischen Länder in ihrem Kampf gegen die herrschende Führung“. Sein Organ ist einmal das „Marxistiskt Forum“, dessen 2000—3000 Exemplare in erster Linie zur politisch-ideologischen Unterweisung der Mitglieder dienen. Das zweite Monatsorgan, „Gnistan“, richtet sich in angeblich 45 000 Exemplaren an die schwedische Arbeiterschaft.

Der etablierten „Linkspartei der Kommunisten“ Schwedens kam dieser Abfall der insge-

Ende 1962 begann der Funktionär der kommunistischen Studentenvereinigung, Benito Scozza, auf den dänischen Universitäten rotchinesische Ideen zu vertreten. Zusammen mit Gotfred Appel, früher Redakteur des KP-Zentralorgans, baute er im Herbst 1963 den „Kommunistisk Arbejdsreds“ (K.A.K.) auf. Das Organ der vielleicht 100 Mitglieder, die „Kommunistisk Orientering“, war überaus peking-freundlich, vertrat aber hinsichtlich der Lage der westeuropäischen Arbeiterschaft einen kommunistisch-unorthodoxen Standpunkt: „Wir sollten die Tatsache erkennen, daß in unseren Ländern keine revolutionäre Situation existiert. In dem kapitalistisch-entwickelten Europa und Nordamerika ist die herrschende Klasse noch immer in der Lage, ihre Herrschaft in der alten Weise fortzuführen, und — wenn wir ehrlich sein wollen — müssen wir feststellen, daß die Arbeiterklasse dieser Länder keine Anzeichen erkennen läßt,

⁵¹) Vgl. dazu „The Hindustan Times“, Delhi, 27. 5. 1967. „Dokument från Midsommerkongressen, 1967“, Stockholm 1967. „Expressen“, Stockholm, 26. 6. 1967.

samt vielleicht rund 500 Mitglieder vermutlich sehr gelegen, obwohl deren rege Propagandatätigkeit ihr beträchtliche Sorgen bereitet: Ihre Führung erhielt damit eine glaubwürdige Legitimation als „Vorkämpferin des Parlamentarismus“ und kann ohne die Radikalen größere Hoffnungen hegen, von der demokratischen Öffentlichkeit des Landes anerkannt zu werden. Zu den schwedischen Reichstagswahlen im September 1970 stellten die China-Kommunisten eigene Kandidaten auf und wollten sich mit jeder „revolutionären Bewegung“ verbünden, die nationale Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit verlangt; trotz sehr intensiver Propaganda erhielten sie im ganzen Lande indessen nur 18 000 Stimmen — das sind 0,4 0/0⁵²).

„Svenska Clartéförbundet“

Nach langen und heftigen Kämpfen innerhalb der (moskau-)kommunistischen Studentenvereinigung entstand der (peking-)kommunistische „Svenska Clartéförbundet“, der von Stockholm aus sein monatlich erscheinendes Organ „Clarté“ verbreitet. Unter derselben Adresse erscheint auch das kleine Heft „Clartés“ skoltidning“, das sich an Oberschüler wendet.

Dänemark

daß sie mit dieser Herrschaft nicht länger einverstanden ist.“⁵³)

Diese Analyse führte indessen zu starken Differenzen innerhalb dem K.A.K. und schließlich zu einer erneuten Abspaltung. Noch lange dauerten die erbitterten ideologischen Streitigkeiten zwischen den beiden Peking-Gruppen an; trotzig schrieb Appel: „Wir meinen, daß die Arbeiter (Westeuropas) in ihrer Gesamtheit genug zu essen, ein Dach über ihrem Kopf und Kleider anzuziehen haben, daß sie nicht hungern oder frieren und daß die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit keinen Grund zu einer Sorge um die Zukunft hat, soweit als es die Nahrung betrifft . . . Wer wagt es zu sagen, daß die Arbeiterklasse unserer (westeuropäischen) Welt unter dem heutigen Kapitalismus nicht gut lebt?“⁵⁴) Die Appel-Gruppe, die als einzige Splitterpartei auch die Ziele der süd-vietnamesischen Befreiungsfront nicht völlig

⁵²) „Gnistan“, Göteborg 1970, Nr. 6—7, S. 16. „Der Landbote“, Winterthur, 26. 9. 1970.

⁵³) „Kommunistisk Orientering“, Kopenhagen 1966, Nr. 4, S. 5 f.

⁵⁴) Ebenda, 1968, Nr. 18, S. 2 und Nr. 19, S. 10.

bejaht, zerstritt sich im Herbst 1969 mit der rotchinesischen Botschaft in Kopenhagen und propagiert seitdem die Thesen Kubas⁵⁵⁾.

„Kommunistisk Forbund (Marxister-Leninister)“

Die Abgespalteten sammelten sich im September 1968 in dem „Kommunistisk Forbund (Marxister-Leninister)“ und wählten Benito Scocozza an ihre Spitze. Die sehr rotchina-ausgerichtete Gruppe umfaßt heute etwa 150—200 Mitglieder und konnte einige Anhänger des

Osterreich

Während des Sommers 1963 kursierten in Wien anonyme „Offene Briefe“ gegen die KPO. Als Herausgeber stellte sich später Franz Strobl heraus, der seit Kriegsende beim ZK der KPO Mitarbeiter der Abteilung „Presse und Schulung“ und viele Jahre Redakteur beim theoretischen Organ der KPO gewesen war; auf seine Weigerung, der sowjetischen Verdammung Albaniens öffentlich beizupflichten, wurde er entlassen. Lange Zeit empfahl er den nach Peking tendierenden Mitgliedern der KPO, ihre Funktionen in der Partei zu halten und dort die Argumente der KPCh zu verbreiten. 1965 appelierte er dann an sie — sofern sie nicht schon in oft erniedrigenden Verfahren aus der KPO ausgeschlossen worden waren —, offen zu seinem Kreis überzuwechseln⁵⁷⁾.

Im Februar 1967 vollzogen die vielleicht 250 Sino-Kommunisten die Gründung der „Marxistisch-Leninistischen Partei Osterreichs“ (M.L.P.O.), an deren Spitze ein elfköpfiges ZK mit Franz Strobl als Erstem Sekretär steht. Ihr Ziel ist der Kommunismus Pekingscher Prägung, „jene Gesellschaftsordnung, in der es weder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen noch Unfreiheit und Unterdrückung geben wird, in der der Mensch sich endgültig aus dem Tierreich gelöst hat und die eigentliche Geschichte der Menschheit beginnt, gegenüber der alles bisherige bloße Vorgeschichte war“⁵⁸⁾.

In diesem Sinne versicherte eine Grußbotschaft der M.L.P.O. der KPCh in Peking: „Wir Marxisten-Leninisten Osterreichs, und mit uns alle wahren Revolutionäre der Welt, wissen uns eins mit den Trägern der großen proletari-

„Arbejdskreds“ zu sich herüberziehen; ebenfalls glückte ihr ein Einbruch in die Mitglieder-schaft der Jugendorganisation „Socialistik Ungdoms Forum“, die 1961 im Rahmen der pazifistischen Anti-Atomkampagne entstanden war.

Ihr Organ „Kommunist“ attackiert recht häufig den Atomsperrvertrag und wendet sich scharf gegen den Appel-Kreis mit seinem „revolutionär-romantischen Links-Opportunismus“, der „mit Mao Tse-tungs Gedanken nichts gemeinsam“ habe⁵⁶⁾.

schen Kulturrevolution ... Die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt wird es Euch danken! Ihr seid die Pioniere der lichten Zukunft nicht nur Eures Landes, sondern der ganzen Erde!“⁵⁹⁾

Bei den leidenschaftlichen Attacken der M.L.P.O. gegen die leitenden KPO-Funktionäre hatte es das Organ „Rote Fahne“, das halbmonatlich erscheint und eine Auflage von 10 000 Exemplaren hat, nicht schwer: Es zitierte ihre Aussprüche über Stalin und Chruschtschow aus der Zeit, als diese noch an der Macht waren, und verglich die Erklärungen mit denen, die die Funktionäre nach der parteioffiziellen Verdammung der beiden Kremlchefs abgaben. An die KPO-Mitglieder gewandt, fragte die Zeitung, was von der einstigen Kommunistischen Partei, von ihrer revolutionären Einstellung noch übriggeblieben sei — ihre heutigen Parteiführer seien nur „die Verräter und Schänder der Arbeit einer ganzen Generation proletarischer Revolutionäre“⁶⁰⁾. Die KPO versuchte lange, die Dissidenten totzuschweigen; später mußte sie jedoch dem Einfluß der M.L.P.O. auch öffentlich Rechnung tragen. Eine echte Auseinandersetzung mit den Ideen des chinesischen Kommunismus fand aber niemals statt. Auch in jüngster Zeit bezichtigte die „Intern-Information“ der M.L.P.O. die Kommunisten sowjetischer Tendenz des Verrats an den Ideen Marx', Engels, Lenins und Stalins: „Ihr Verrat hat der Sache der Weltrevolution einen so schweren Schlag versetzt, wie ihr kein Dulles und kein Hitler, kein noch so wilder Antikommunist je hätte versetzen können. Mit den neuen Zaren im Kreml und mit ihren Dienstboten innerhalb und außerhalb der KPO kann es keinerlei Zu-

⁵⁵⁾ „Ekstrabladet“, Kopenhagen, 3. 9. 1969.

⁵⁶⁾ „Kommunist“, Kopenhagen 1969, Nr. 6, S. 12 f.

⁵⁷⁾ „Rote Fahne“, a. a. O., 1964, Nr. 18, S. 40 und 1965, Nr. 38, S. 1 f.; „Die Presse“, Wien, 14. 10. 1963; „Volksstimme“, Wien, 11. 1. 1966.

⁵⁸⁾ „Rote Fahne“, a. a. O., 1967, Nr. 72, S. 4.

⁵⁹⁾ Ebenda, 1966, Nr. 61, S. 1 f.

⁶⁰⁾ Ebenda, Sondernummer v. 12. 11. 1968, S. 2; vgl. außerdem 1964, Nr. 18, S. 13 und Nr. 26, S. 4 sowie 1965, Nr. 37; S. 3.

keit geben!" ⁶¹⁾

Relativ früh hatte sich auch eine M.L.P.Ö.-Jugendgruppe gebildet, deren Organ „Der Funke“ durch eine besonders starke religions- und kirchenfeindliche Haltung auffiel: „Die Kirche hat im 20. Jahrhundert ihre Daseinsberechtigung verloren. Wir haben in diesem Jahrhundert einen neuen Menschen zu formen, der frei von allem überirdischen Hokus-pokus ist.“ ⁶²⁾

„Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (M.L.)“

Die „Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs“ erlebte bisher mehrere „Parteisäuberungen“. Die Ausgestoßenen gruppierten sich um den bisherigen M.L.P.Ö.-Funktionär und das einstige Mitglied der KPO-Landesleitung

Im Sommer 1964 trat in Rotterdam ein „Marxistisch-Leninistisch-Centrum“ mit einigen anonymen Broschüren auf, die von dem KPN-Bezirksleiter Nico Schrevel stammten. Mit starker Unterstützung der „Parti Communiste de Belgique“ erschien kurz danach sein Blättchen „Spartacus“. Im März 1965 schlossen sich die einzelnen Zirkel zum „Marxistisch-Leninistisch-Centrum-Niederland“ (M.L.C.N.) zusammen. Die Führung liegt nach wie vor bei Schrevel, doch dominieren im weiteren Führungskreis heute die 19–20jährigen. Die Mitgliederzahl dürfte sich auf rund 100 belaufen. Die Gruppe bemüht sich sehr, Einfluß bei den Hafenarbeitern zu gewinnen, für die sie auch ein Rechtsberatungsbüro einrichtete. Auf ihrem Anfang 1970 veranstalteten Kongreß veränderte das M. L. C. N. seinen Namen in „Kommunistische Eenheidsbeweging Nederland (m. l.)“ (K. E. N.) ⁶⁴⁾.

Ihr Monatsorgan, die „rode tribune“, erscheint in rund 3000 Exemplaren. Als es zu Beginn der

⁶¹⁾ „MLPO-Mitteilungen, Zur internen Information“, Wien, April 1970, S. 2.

⁶²⁾ „Der Funke“, Wien 1967, Nr. 3, S. 13.

⁶³⁾ „Der Kommunist“, Wien 1970, Nr. 39, S. 14. Entsprechend der Haltung Pekings sieht das Blatt den jetzigen westdeutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrag als einen „neuen Kriegsherd im Zentrum Europas“ und als „einen Markstein auf dem Weg zum dritten Weltkrieg“ an (1970, Nr. 43, S. 2 f.); über ähnliche Stellungnahmen der anderen Splitterparteien s. F.-W. Schломann, Moskaus Verrat an der DDR, Beilage zum „Monitor-Dienst“ der „Deutschen Welle“, Köln 13. 10. 1970, S. 4 ff.

⁶⁴⁾ S. dazu „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1964, Nr. 29, S. 2 und Nr. 32, Beilage, S. 11 sowie 1965, Nr. 18, S. 22; „rode tribune“, Rotterdam 1970, Nr. 2, S. 8 ff.

1968 die „Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M.L.)“ (V.R.A.). Der Kreis ist bis heute ohne Bedeutung geblieben. Sein Organ „Kommunist“ greift die KPO aber auch die M.L.P.Ö. an; andererseits folgt es dem sowjetkommunistischen Standpunkt, wonach die freiheitlichen Regungen in der ČSSR 1968 auf den Einfluß der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen seien. Durchweg aber bejaht das Blatt die Thesen Pekings uneingeschränkt. Den Start des ersten chinesischen Erdsatelliten umjubelte es mit den Worten: „Wenn dieser ‚rote Stern‘ aus dem Weltall das bekannte revolutionäre Lied ‚Der Osten ist rot‘ ausstrahlt, kündigt er den ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen und Nationen, daß in nicht ferner Zukunft der ganze Erdball rot sein wird!“ ⁶³⁾

Niederlande

Kulturrevolution Mao Tse-tung als den „hochverehrten und geliebten Vorsitzenden aller Marxisten-Leninisten der Welt“ bezeichnete, protestierten mehrere niederländische Peking-Kommunisten, diese Huldigung sei nicht „in der Sprache der niederländischen Arbeiterklasse“ geschrieben und das Blatt solle statt dessen mehr auf das „kapitalistische Regime“ in Holland eingehen. Als einziges chinesisch-kommunistisches Organ in Westeuropa versprach die „rode tribune“ dann auch, wegen dieser Mao-Propaganda „Selbstkritik“ zu üben ⁶⁵⁾. Anfang 1967 erhielt sie ein modernes Aussehen und verzichtete auf das — sonst bei nahezu allen nach Peking ausgerichteten Publikationen übliche — Emblem von Hammer und Sichel; dieses Zeichen hätte oft den Eindruck erweckt, hieß es zur Begründung, daß das Blatt mit der KPN und der KPdSU übereinstimme — eben diesen Eindruck aber wolle es vermeiden. Als es aber auch die Veröffentlichung der Bilder Stalins und Mao Tse-tungs ablehnte, kam es in der Gruppe zu Differenzen. Ohnehin bejahte die Führung die Kulturrevolution nicht mit der üblichen Unterwürfigkeit. Auch das Organ sieht sich „in erster Linie“ als „ein Diskussionsblatt“ aller Linken und nicht nur als Propagandastimme für die Ansichten der KPCh ⁶⁶⁾.

„Bond van Nederlandse Marxisten-Leninisten“

Mitte April 1964 war in Amsterdam die erste Ausgabe des anonymen Blättchens „de rode vlag“ verteilt worden. Der Kreis, der sich um

⁶⁵⁾ „rode tribune“, a. a. O., 1966, Nr. 8–9, S. 1 und Nr. 10, S. 4.

⁶⁶⁾ Ebenda, 1967, Nr. 3, S. 7 und 1968, Nr. 3, S. 2.

den KPN-Distriktleiter Bischof scharte, versicherte, er wolle innerhalb der Kommunistischen Partei für die Wiederherstellung der marxistisch-leninistischen Prinzipien (chinesischer Provenienz) arbeiten und die KPN keinesfalls spalten. Diese Ziele verhinderten allerdings ein Zusammengehen mit dem „Centrum“; selbst Pekings Drängen nach einer Fusion blieb erfolglos. Im März 1969 entstand dann schließlich der „Bond van Nederlandse Marxisten-Leninisten“, dessen 50 Mitglieder sich in ihrer Deklaration zwar eindeutig für den China-, aber nicht eindeutig gegen den Sowjet-Kommunismus aussprechen.

Ihre Jugendgruppe „Rode Jeugd“ zeichnet sich in ihren Blättern durch einen besonders drastischen Anti-Amerikanismus aus. Radikal verneinend ist auch ihre Haltung zu den Staatsorganen Hollands: „Beantwortet die reaktionäre Gewalt mit progressiver Gewalt! Terrori-

siert die Terroristen!“⁶⁷⁾ Durch eine „Säuberung“ von anarchistischen Bewegungen während des letzten Halbjahres verlor die Gruppe einen größeren Teil ihrer Anhänger.

„Marxistisch-Leninistische Partij van Nederland“

Nach langen Differenzen spaltete sich im Herbst 1968 vom „Centrum“ ein kleiner Kreis ab, der fortan als „Liga van Marxisten-Leninisten in Nederland“ auftrat. Am 1. Mai 1969 wandelte sie sich in die „Marxistisch-Leninistische Partij van Nederland“ (M. L. P. N.) um⁶⁸⁾. Die Partei arbeitet völlig im Untergrund; ihr Einfluß ist minimal. Ihr über ein Postfach in Alkmaar versandtes Organ „De Kommunist“ dürfte auch nur eine geringe Auflage haben. Die KPCh hingegen scheint von allen Gruppierungen Hollands der M. L. P. N. die größte Unterstützung zu gewähren.

Schweiz

Die erste westeuropäische Splittergruppe entstand am 1. September 1963 in Vevey, als der bisherige Funktionär der moskau-kommunistischen „Partei der Arbeit“, Gérard Bulliard, nach Rückkehr aus Albanien die „Parti Communiste Suisse“ ausrief. Ihr Ziel war, „das Volk zum Sieg, zum Sozialismus, zur Schweizerischen Volksrepublik“ zu führen, wobei ihr primär Albanien und erst sekundär Rotchina als Beispiel dienten⁶⁹⁾. Längere Zeit wurde der Kreis von Tirana und von Splitterparteien unterstützt, jedoch nie von der KPCh offiziell anerkannt. Die Partei gab an, daß sie 311 Mitglieder hätte. In Wirklichkeit waren es aber keine hundert. Ihr Organ „l'étincelle“, das in rüder Diktion den Moskau-Kommunismus und insbesondere die Kirchen beschimpfte, hatte nie mehr als 300 Abonnenten⁷⁰⁾. Von der „Parti Communiste Suisse“ wurde ihre Auflage jedoch mit 8750 beziffert.

Die „Partei der Arbeit“ sah in den Abtrünnigen eine „kleine Gruppe politischer Wirtköpfe“, die sie jedoch nie direkt verdammt, um dieser inzwischen über Peking ziemlich verbitterten Bulliard-Gruppe die Rückkehr nicht unmöglich zu machen.

Denn schon 1964 hatte „l'étincelle“ wiederholt finanzielle Schwierigkeiten, und bald versicherte Bulliard, seine Partei sei „weder den Sowjets noch den Chinesen hörig“⁷¹⁾. Er knüpfte Kontakte zu anderen kommunistischen Dissidenten-Grüppchen in Westeuropa und gründete Ende 1965 die „Front International Révolutionnaire“, die sowohl von Peking als auch von Moskau unabhängig sein wollte. Die anderen China-Splitterparteien sahen ihn nunmehr als „Polizeispitzel“ an und veröffentlichten in ihren Organen große Warnmeldungen⁷²⁾. Inzwischen hatte Bulliard seinen Kreis in „Parti Populaire Suisse“ umbenannt und versicherte, seine Partei werde weiterhin revolutionär bleiben, aber den Schweizer Gegebenheiten angepaßt sein; dem Schweizervolk müsse „das Klassenbewußtsein eingepflegt“ werden, da der Kapitalismus im Lande immer noch sehr mächtig sei. Den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag bejahte die Partei und hoffte dabei, „daß die Verräter in Rumänien und Jugoslawien, die dem CIA und dem Weltjudentum dienen, dasselbe Schicksal erleiden werden“⁷³⁾.

Nach einer Nordafrika-Reise eines führenden Mitgliedes wurde der primitive Antisemitismus noch stärker, mit dem das Parteiorgan jetzt auch die Vorgänge in der Volksrepublik

⁶⁷⁾ „Rode Jeugd“, Eindhoven 1969, Nr. 3, S. 4.

⁶⁸⁾ „Rote Fahne“, a. a. O., 1967, Nr. 78, S. 13.

⁶⁹⁾ „l'étincelle“, Vevey, 1964, Nr. 9, S. 19.

⁷⁰⁾ Zu den Zahlenangaben vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, Zürich, 22. 6. und 22. 8. 1965 (s. ebenfalls 5. 11. 1963; 29. 1. 1964 und 18. 9. 1966); „l'étincelle“, a. a. O., 1964, Nr. 9, S. 23 und 1966, Nr. 24, S. 19.

⁷¹⁾ „l'étincelle“, a. a. O., 1964, Nr. 9, S. 19 und Nr. 12, S. 3.

⁷²⁾ So z. B. „octobre“, Lausanne, 1965, Nr. 12, S. 3.

⁷³⁾ Presseerklärung der Partei vom 21. 8. 1968.

und Mao, der ein wahres Genie war, ist heute nur ein einfaches Opfer. Sein Alter erlaubt ihm nicht mehr, sehr klar zu sehen." 74) — In letzter Zeit wird der Name Mao Tse-tung von Bulliard überhaupt nicht mehr erwähnt.

Organisation des Communistes de Suisse (M. L.)

Im Mai 1964 war in Lausanne das „Centre Lénine“ unter dem Schweden Nils Andersson entstanden, der das von Peking gelenkte Verlagshaus „Les Editions de la Cité“ führte, jedoch Ende 1966 aus der Schweiz ausgewiesen wurde. Das Programm dieser späteren „Organisation des Communistes de Suisse (M. L.)“ sieht die Zusammenfassung aller Marxisten-Leninisten im Lande vor, will „die marxistisch-leninistischen Prinzipien gegen alle Revisionisten und Reformisten verteidigen“ und „eine marxistisch-leninistische Partei aufbauen, die eine wahrhafte Avantgarde der Arbeiterklasse darstellt“ 75). Die Leitung der heute knapp 100 Mitglieder liegt bei Gilbert Etienne und dem Lehrer Jean-Pierre Canova. Ihr dreisprachiges Monatsorgan „octobre“ — die Auflage beträgt unverändert 1500 Exemplare —

eigene Land, besonders gegen die freundschaftliche Haltung der Schweiz zu den USA und gegen den „Faschismus in der Schweizer Armee“. Es tritt für die Lostrennung des Jura-Gebietes ein 76) und strebt die Veränderung der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur an: „Ein marxistisches Gesetz sagt uns, daß Morsches, Veraltetes nicht von selbst zusammenfällt. Es ist eben die Aufgabe revolutionärer Kräfte, den alten Quatsch wegzuräumen.“ 77)

Die „Partei der Arbeit“ reagiert auf die pro-chinesische Absplitterung recht empfindlich: Sie warnt vor den „maoistischen und anarchistischen Provokateuren“ und hält es für notwendig, „daß die Arbeiterbewegung die patentierten Provokateure unschädlich macht, will sie nicht selber unter den Konsequenzen dieser Provokationen leiden müssen“ 78). Zwar konnte der „octobre“-Kreis einige kleinere Parteifunktionäre und Aktivisten der „Partei der Arbeit“ für sich gewinnen, doch durch ihre gegenseitigen Streitigkeiten haben die beiden Dissidenten-Gruppierungen — die vorübergehend die Moskau-Kommunisten effektiv beruhigen konnten — aufgehört, für sie eine nennenswerte Gefahr darzustellen.

Norwegen, Finnland

Der heutige sino-kommunistische „Sosialistisk Ungdomsforbund“ (S. U. F.) entstand 1963 als Jugendorganisation der Sozialistischen Volkspartei. Nach jahrelanger Unterwanderung setzte sich 1967 endgültig eine rotchinesische Linie durch. Die führenden Funktionäre sind Sigmund Gronmo und Viktor Stein; die rege Auslandsarbeit leitet das ZK-Mitglied Harald Dahl. Die Zahl der einst pazifistisch orientierten Mitglieder scheint sich auf rund 3000 zu belaufen. Etwas höher liegt die Auflage ihres Monatsorgan „Rode Garde“. Die Sozialistische Volkspartei führte 1969 gegen die „Pro-Chinesen“ ein Partei-Ausschlußverfahren durch und löste mit Hilfe der Polizei ihre Versammlungen auf 79).

Die Leser des „Klassekampen“

Die norwegische KP nahm im Streit zwischen Moskau und Peking sehr lange eine vermittelnde Rolle ein. Erst seit der Kulturrevolution gibt es vereinzelt Sino-Kommunisten. Sie zu sammeln, dürfte das Ziel der Monatszeitung „Klassekampen“ sein, die seit Anfang 1969 erscheint und jetzt bereits eine Auflage von 18 000 Exemplaren hat. Neben der üblichen Propaganda der chinesisch-albanischen Thesen und neben den Attacken gegen die Sowjetunion und gegen die Vereinigten Staaten richtet sie scharfe Angriffe gegen die norwegischen Gewerkschaften und versucht, bei den Arbeitern und Fischern Einfluß zu gewinnen 80). Vor kurzer Zeit hat die norwegische KP 27 Rotchina-Anhänger ausgestoßen.

„Helsingin Marxilais-Leniniläinen Seura“

In Finnland schlossen sich die Anti-Moskau-Kommunisten schon 1961 in der „Stiftung zum Studium des Sozialismus“ zusammen, die un-

74) „l'étincelle“, a. a. O., 1967—1968, Nr. 31, S. 8 ff.

75) „octobre“, a. a. O., 1964, Nr. 1, S. 1 und Nr. 5,

76) Ebenda, 1965, Nr. 10, S. 6 und 1967, Nr. 20, S. 5.

77) Ebenda, 1966, Nr. 17, S. 4. Vergl. „Die Weltwoche“, a. a. O., 19. 11. 1965, S. 11; „Peking-Rundschau“, Peking, 1970, Nr. 21, S. 44.

78) „Voix Ouvrière“, Genf, 5. 5. 1969.

79) „International Information Bulletin of SUF“, Oslo, Herbst 1968, S. 3—6.

80) „Klassekampen“, Oslo, 1970, Nr. 6, S. 3, Zu der allgem. Entwicklung s. „Marxistisk Forum“, a. a. O., 1966, Nr. 3, S. 58 ff. und 1969, Nr. 1, S. 34 ff.

ter dem einstigen KP-Redakteur Jarno Pennanen die Zeitschrift „Tilanne“ publiziert. So willkommen dieser Kreis der KPCh auch anfangs war, so entsprechen auf die Dauer nur solche Gruppen den Vorstellungen Pekings, deren primäres Ziel die Propagierung des China-Kommunismus ist. Erst 1968 formierte sich eine „Helsingin Marxilais-Lenin-

Bundesrepublik Deutschland

Im Sommer 1965 tauchte in der Bundesrepublik vorübergehend eine illegale „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ auf, die die kleinen anonymen Hefte „Sozialistisches Deutschland“ verschickte. Darin hielt sie der illegalen KPD vor, sie sei „auf die Linie des sowjetischen Revisionismus“ eingeschwenkt und mißachte „die nationalen Interessen des deutschen Volkes“. Der Kreis rief in der KPD ziemliche Unruhe hervor, obwohl es sich um Einzelgänger außerhalb des eigentlichen KPD-Parteiapparates handelte⁸²⁾.

Außerdem kursierten in der Bundesrepublik die illegalen „Spartakus-Briefe“; ihre Bulletins sahen im Peking-Kommunismus humanitär-soziale Ideale, während sie den moskau-kommunistischen Funktionären vorhielten, „eine neue Klasse, losgelöst von den Massen“, zu bilden⁸³⁾.

„Freie Sozialistische Partei (Marxisten-Leninisten)“

Im April 1967 entstand die prochinesische „Freie Sozialistische Partei (M.L.)“. Zum Ersten Sekretär wurde Günter Ackermann aus Frankfurt bestimmt, Zweiter Sekretär war der Gastwirt Werner Heuzeroth aus Niederscheldhütte. Die Gruppe mit ihren knapp 30 Mitgliedern stand zwar mit anderen Splitterparteien in Verbindung, doch wurde sie von Peking nie anerkannt. Später schloß sie sich der „Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ an, zerstritt sich aber wieder mit ihr und gibt seit Anfang 1969 als „KPD-ML-Kreisverband Siegen-Olpe“ wieder gelegentlich ihr Blättchen „Die Wahrheit“ heraus⁸⁴⁾.

⁸¹⁾ Über Gruppierungen neuerdings auf Island vergl. „Gnistan“, a. a. O., 1969, Nr. 12, S. 14 und „Klassekämpfen“, a. a. O., 1970, Nr. 6, S. 2.

⁸²⁾ Bundesministerium des Innern, „Kommunistische Tätigkeit der Bundesrepublik im Jahre 1965“, zitiert nach „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 20/66, S. 22.

⁸³⁾ Auszugsweise veröffentlicht im „Deutschland-Archiv“, Köln, 1968, Nr. 1, S. 101 ff.

⁸⁴⁾ „Der Spiegel“, Hamburg, 1967, Nr. 21, S. 68.

iläinen Seura“, die anscheinend bisher aber nur sehr wenig Mitglieder hat; nichtsdestoweniger veröffentlicht sie seit vergangenem Sommer die Zeitschrift „Punakaarti“. Zu den sogenannten „Stalinisten“ der finnischen Kommunisten bestehen keine Verbindungen, da diese ihre Parteiführung gerade wegen ihrer unzulänglichen Moskau-Treue kritisieren⁸¹⁾.

„Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“

Im August 1967 erhielten KPD-Mitglieder das anonyme Bulletin „Roter Morgen“ zugeschickt, dessen Artikel die illegale Partei charakterisierten: „Funktionäre belügen sich selbst, um in aufgebauchten Berichten ihre Existenzberechtigung gegenüber dem ZK nachzuweisen ... Alte Genossen werden müde, junge Genossen verlassen nach kurzer Zeit unsere Reihen. Karrieremacherei, Korruption und Vetternwirtschaft ... Kein offenes Wort. Kein Ansprechen der Probleme des Weltkommunismus, die praktisch alle bewegen ... Kurz gesagt, der Zustand unserer Partei ist erbärmlich.“⁸⁵⁾

Als Verfasser stellte sich später Ernst Aust aus Hamburg vor, der lange Zeit Chefredakteur der kommunistisch eingestellten Wochenzeitung „Blinkfuer“ gewesen war und nunmehr Peking huldigte. Die DKP beschimpft ihn, „mit linksradikalen Phrasen das Geschäft des Antikommunismus zu betreiben“; er hingegen beschuldigt sie, „ihre Gründung der Absprache mit dem reaktionären bürgerlichen System (der Bundesrepublik) zu verdanken“⁸⁶⁾. Ziemlich schnell gelang Aust die Zusammenarbeit mit anderen Peking-Kreisen, und am 31. Dezember 1968 (dem 50. Jahrestag der Gründung der KPD) riefen sie die „Kommunistische Partei Deutschlands, Marxisten-Leninisten“ aus. Nach ihrem Programm haben weder Bonn noch Ost-Berlin ein Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen: „Ist es nicht höchste Zeit, dieser verfaulenden spät-kapitalistischen Gesellschaft den Todesstoß zu versetzen? ... Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen, kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zer-

⁸⁵⁾ „Roter Morgen“, a. a. O., 1967, Nr. 1, S. 1 ff. und Nr. 3—4, S. 6.

⁸⁶⁾ Zitiert nach „Die Welt“, Hamburg, 14. 11. 1968; „Roter Morgen“ a. a. O., 1968, Nr. 12, S. 3. — Vergl. „Berliner Zeitung“, Berlin-Ost, 8. 10. 1963.

und die Errichtung der proletarischen Diktatur.“⁸⁷⁾

Unbestrittener Leiter der Partei ist nach wie vor Aust. Die von ihm genannte Zahl von „1000 Mitgliedern in 122 westdeutschen Orten“ ist übertrieben; sie betrug damals nur 100 und scheint auch inzwischen nicht gestiegen zu sein⁸⁸⁾. Das Organ der Partei, „Roter Morgen“, erscheint monatlich und seit Juli 1970 in Zeitungsformat mit einer Auflage von rund 6000 Exemplaren.

„Rote Garden“

Zur Partei gehören auch die Jugendgruppen „Rote Garden“, die angeblich 900 Mitglieder zählen. Die wichtigste Gruppe entstand 1968 in West-Berlin und veröffentlichte eine gleichnamige Zeitung; sie splitterte sich aber später in andere Linksgruppen auf. Die „Rote Garde Hamburgs“ löste sich im März 1970 auf, weil „Haschischprobleme, kleinbürgerliche Zänkeereien, Disziplinlosigkeit und opportunistische Strömungen“ dominierten⁸⁹⁾.

Die Gruppen um die „Roten Briefe“

Die Gründung der KPD/ML hielt insbesondere der „Hamburger Initiativausschuß zur Bildung

deutschland und West-Berlin“ für verfrüht und schädlich⁹⁰⁾. Dieser sammelt sich um ein früheres KPD-Mitglied, Dieter Schütt, der seit August 1968 sein Bulletin „Rote Briefe“ verschickt. Sie beanstanden das „konterrevolutionäre Wesen“ der KPD (M.L.), die „im eigenen, stinkenden Saft ihrer übelriechenden Sektiererei“ schmore⁹¹⁾. Im Sommer 1970 gelang es dann der Schütt-Gruppierung, einige KPD/M.L.-Verbände auf ihre Seite zu ziehen; sie stellten, behaupteten nunmehr die Abtrünnigen, die Mehrheit und damit die „wahre“ Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten dar. Die KPD/ML um Aust wiederum griff in einer Flugschrift die KPD/ML um Schütt an, „die nur aus ein paar brüchigen, organisations- und programmlosen Zirkeln besteht und daher gar nicht vorhanden ist“, und forderte: „Dieser buntscheckige Haufen muß ideologisch bekämpft und in seiner politischen Existenz liquidiert werden“⁹²⁾. Die Rebellen, die seit kurzem ihrerseits das Blatt „Rote Fahne“ verbreiten, versuchen neuerdings, mit besonders radikalen Forderungen in die Tarif- und Lohnkämpfe einzugreifen und auf diese Weise Unzufriedene für sich zu gewinnen.

Die illegalen Parteien: Spanien, Portugal, Griechenland

Anfang 1964 bildeten sich in Spanien mehrere peking-kommunistische Zellen, die sich im Herbst gleichen Jahres zur „Partido Comunista de España (Marxista-Leninista)“ zusammenschlossen. Ihr Zentralorgan ist „Vanguardia Obrera“, das in Paris gedruckt und von dort auf dem Postwege und durch Kuriere ins Land gebracht wird⁹³⁾.

Die Anhänger des „roten“ Kommunismus reagierten auf die Aktivitäten des „gelben“ Kommunismus sehr scharf; man glaubt, daß die Verhaftungen der knapp 100 Peking-Kommunisten im Juni 1964 durch die spanischen Organe auf Denunziationen zurückzuführen sind. Immer wieder greift die KP chinesischer Tendenz die KP sowjetischer Ausrichtung an, sie sei „statt einer Vorhut der Arbeiterklasse“ zu einer „Nachhut der Kleinbourgeoisie“ herabgesunken und falle bei Streiks in Spanien der Arbeiterschaft in den Rücken, nur um nicht den Handel des Franco-Systems mit dem Ostblock zu stören: „Welchen Interessen dient die gegenwärtige politische Führung der kommunistischen Partei Spaniens? Der spanischen Revolution oder den wirtschaftlichen Interessen der UdSSR?“⁹⁴⁾

⁸⁷⁾ „Roter Morgen“, a. a. O., 1968, Nr. 10—11, S. 2 ff.
⁸⁸⁾ S. „Deutschland-Archiv“, a. a. O., 1969, Nr. 2, S. 209. Siehe allgem. auch „Publik“, Frankfurt, 1969, Nr. 30, S. 15.

⁸⁹⁾ „Berliner Extra-Dienst“, Berlin, 1970, Nr. 24—25, S. 3 „Rote Garde“, Berlin, 1970, Nr. 1, S. 2. Im einzelnen dazu auch „Der Spiegel“, a. a. O., 1969, Nr. 37, S. 68.

⁹⁰⁾ Flugblatt v. 16. 12. 1968, abgedruckt u. a. in: „Die Welt“, a. a. O., 3. 1. 1969. Giselher Schmidt, „Hitlers und Maos Söhne“, Frankfurt 1969, S. 148.

⁹¹⁾ „Rote Briefe“, Hamburg, 1970, Nr. 21, S. 1.

⁹²⁾ „Erklärung der Leitung des Landesverbandes der KPD (ML)“, Hamburg, 6. 7. 1970, S. 5.

⁹³⁾ „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1965, Nr. 48, S. 15 und Nr. 51, S. 10. „Le Monde“ a. a. O., 6. 3., 9. 4. und 14.—15. 6. 1964 sowie 15. 1. 1966.

⁹⁴⁾ „Vanguardia Obrera“, „Madrid“ (Paris), 1970, Nr. 4, S. 2.

„Comité marxista-leninista portugues“

Im Frühjahr 1964 organisierte sich in Portugal eine anti-revisionistische Gruppe „revolução popular“, aus der später das „Comité marxista-leninista portugues“ hervorging. Sein

Organ nennt sich „o proletaria“, das ebenfalls aus Frankreich stammen dürfte⁹⁵⁾.

Die Kommunistische Partei hält der Gruppe vor, sie würde die Regierung in Lissabon — anstatt sie zu bekämpfen — unterstützen. Diese behauptet von der KP, sie hätte in ihrem Zentralorgan mehrere Mitglieder des „Comité“ namentlich genannt und damit der portugiesischen Polizei wertvolle Hinweise gegeben⁹⁶⁾.

Die „Kampffront der Griechen im Ausland“

Die chinesische Propaganda begann — mit Hilfe der albanischen Botschaften in Osteuropa — bereits im Frühjahr 1962 auf Griechenland einzuwirken. Eine Splittergruppe entstand aber erst Anfang 1967 in Form der „Politischen Bewegung der konsequenten Linken“ (S. P. A. K.); ihr Organ war die Wochen-

zeitung „Laikos Dromos“, deren Verbreitung wiederholt von den Anhängern der KP und EDA sabotiert wurde⁹⁷⁾.

Nach dem Obristen-Putsch 1967 bildeten sich illegal die „Antifaschistische Volksbewegung Griechenlands“ (M. A. P. G.) und die „Griechische Antifaschistische Front“, die sich zwar einer strengrevolutionären Diktion bedienen, aber sich zumindest gleichstark gegen die vor dem Putsch bestehenden Parteien wie gegen die neue Regierung richten⁹⁸⁾.

Im westeuropäischen Exil arbeitete schon vor dem Machtwechsel eine „Marxistisch-Leninistische Gruppe in der KP Griechenlands“, die das größte Vertrauen der KPCh haben dürfte. In ihren Aufrufen attackiert sie Moskau, es würde die heutige Athener Regierung wirtschaftlich unterstützen und habe „so den Mördern beim Massenmord am griechischen Volk bestens gedient“⁹⁹⁾.

Eine neue Internationale?

Die Lenkung der Splittergruppen erfolgte bereits früh von Rotchina und Albanien aus. Die ersten Funktionäre werden in regelmäßigen Zeitabständen nach Tirana und die wichtigsten von ihnen auch nach Peking eingeladen. Schon im Anfangsstadium der Entwicklung bemühte sich Peking, mit der Zeitschrift „Révolution“ eine internationale publizistische Plattform zu schaffen, die zugleich als Verbindungsorgan zwischen den einzelnen Rotchina-Gruppen gedacht war, jedoch — vielleicht wegen ihres zu intellektuellen Inhalts — Anfang 1965 ihr Erscheinen einstellte¹⁰⁰⁾. Daraufhin haben Peking und Tirana versucht, die westeuropäischen Splitterparteien um den Ersten Se-

kretär der „Parti Communiste de Belgique“, Jacques Grippa, zu sammeln. Waren diese Bemühungen auch lange Zeit erfolgreich, so kam es doch zu größeren Spannungen mit der französischen „Parti Communiste Marxiste-Léniniste“. Der Abfall Grippas und später der „Marxist-Leninist Organization of Britain“ von der Politik Mao Tse-tungs bewirkte unter den Splittergruppen ein mißtrauisch-distanziertes Verhalten, und erst sehr langsam entstanden neue Verbindungen.

In den letzten Jahren ist im Westen wiederholt von einer bevorstehenden Gründung einer auf Peking ausgerichteten (Fünften) Internationale gesprochen worden, die dann mit der von Moskau geführten (Dritten) Internationale rivalisieren würde. Auch Peking und Tirana haben diesen Gedanken mehrfach angedeutet¹⁰¹⁾. Zweifellos erhebt Rotchina immer nachdrücklicher den Anspruch auf die politisch-ideologische Führung des Weltkommunismus; ob es aber die mit der Gründung einer neuen Internationale zwangsläufig verbundene endgültige Trennung vom Sowjet-Kommunismus herbeiführen wird, ist eine offene Frage. Würde sie im Sinne der neuen Internationalen entschieden, so müßte die KPCh an ihren Splitterparteien noch vieles ändern, damit sie eine ernsthafte Alternative gegenüber Moskau darstellen können. Hierbei würde sich Rotchina auch in Westeuropa auf kleine Kadergruppen stützen können, die bereits heute stärker sind als einst Lenins Anhängerschaft gegen Ende des Ersten Weltkrieges.

⁹⁵⁾ „New York Times“, New York, 8. 5. 1964; „Neue Zürcher Zeitung“, a. a. O., 17. 11. 1966; „l'Humanité nouvelle“, a. a. O., 1966, Nr. 16, S. 5.

⁹⁶⁾ „La Voix du Peuple“, a. a. O., 1965, Nr. 7, S. 17 und Nr. 47, S. 13; „octobre“, a. a. O., 1966, Nr. 14, S. 3. — Im letzten Jahr ist es um das „Comité“ sehr still geworden.

⁹⁷⁾ „l'Humanité nouvelle“, a. a. O., 1967, Nr. 49, S. 12 und Nr. 78, S. 12. Vergl. dazu auch „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, a. a. O., 1964, Nr. 7, S. 572.

⁹⁸⁾ Aufruf v. 5. 7. 1970, zitiert nach „Rote Fahne“, a. a. O., 1970, Nr. 119, S. 14.

⁹⁹⁾ „Peking-Rundschau“, a. a. O., 1969, Nr. 17, S. 20 und Nr. 45, S. 25 f.; s. auch 1966, Nr. 50, S. 20 und 1969, Nr. 14, S. 21.

¹⁰⁰⁾ „Die Weltwoche“, a. a. O., 9. 7. 1965, S. 11; „Newsweek“, New York, 9. 3. 1964, S. 57 und 13. 7. 1964, S. 11.

¹⁰¹⁾ „Zeri i Popullit“, Tirana, 11. 5. 1966; „Le Figaro“, Paris, 12. 12. 1967; „Die Welt“, a. a. O., 11. 12. 1968; „Paris Jour“, Paris, 16. 4. 1969.